

D R I T T E R W E G

für eine
MARKTWIRTSCHAFT *ohne* PRIVATKAPITALISMUS
und für einen
SOZIALISMUS *ohne* STAATSKAPITALISMUS

ALTERNATIVEN für eine ökosoziale, basisdemokratische,
gewaltfreie Gesellschaft *ohne* Diskriminierung von Frauen und
Minderheiten --- *ohne* Verletzung von Menschenrechten

Nr. 69/70 - Frühjahr und Sommer 2010

Mit Gesell über Gesell hinaus!

Gedanken zum 80. Todestag Silvio Gesells am 11. März 1930

Bei den Marxisten hat offenbar ein Dogma den Zusammenbruch des auf Staatseigentum an den Produktionsmitteln beruhenden sowjetischen Systems überlebt. Das Dogma Privateigentum an Produktionsmitteln sei die Ursache der Ausbeutung der Arbeit und damit des Kapitalismus. Dieses Dogma wurde vor allem bei westlichen Marxisten auch dadurch nicht erschüttert, dass in keinem der sogenannten sozialistischen Länder, in denen Privateigentum an Fabriken durch Staatseigentum ersetzt wurde, sich die neue Wirtschaftsform zu einem freiheitlichen und sozial gerechten, also ausbeutungsfreien System entwickelte, wie es Karl Marx als einem Reich der Freiheit und Gerechtigkeit vorschwebte (1).

Silvio Gesell fasste im Weltkrieg I seine in verschiedenen Schriften veröffentlichten Forschungsergebnisse über das Wesen des Kapitalismus und seine Überwindung unter dem Titel „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freigeld und Freiland“ zusammen, in Kurzform NWO. In ihr beschrieb er die für die Erreichung seines Zieles einer freiheitlichen und sozial gerechten Gesellschaft erforderlichen Reformen der Geld- und Bodenordnung.

Eine überraschende Gelegenheit beide Reformen umzusetzen bot sich in den Revolutionswirren im Frühjahr 1919. In Bayern ging nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Kurt Eisner (SPD) die Macht in die Hände des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates über. Silvio Gesell wurde von diesem auf Vorschlag der am 7. April gebildeten bayerischen Räteregierung zum Volksbeauftragten für Finanzen gewählt. In dieser traten vor allem Ernst Niekisch, der seit einigen Jahren in SPD-Kreisen für Gesells Reformen warb und die Kulturanarchisten Erich Mühsam und Gustav Landauer für Gesell ein. Landauer sah im „Aufruf zum Sozialismus“ (1911) Gesells Geldreform als Basis eines gerechten Tausches.

Gesell ging mit seinen Mitarbeitern Dr. Theophil Christen als Rechnungsführer und Professor Polenske als juristischem Berater und Volksaufklärer sofort an seine Gesamtreform. Freigeld brauchte er um die Stabilität der durch den Krieg inflationierten Reichsmark herzustellen und um durch den

Konjunkturtrieb eines Geldes mit Umlaufsicherung den aus dem Krieg zurückgekehrten Soldaten Arbeitsplätze in einer von Krieg auf Frieden umzustellenden Wirtschaft zu sichern. Die Bodenreform brauchte er um über eine sofortige Grundrentenabgabe (Bodenzins) die Notlage von Millionen zu Kriegerwitwen gewordenen Müttern, und der Kinder insgesamt, zu überwinden (2) und die materielle Grundlage für die Befreiung der Frauen aus patriarchalischer Abhängigkeit und ihre gesellschaftliche Gleichstellung einzuleiten.

Das waren Aufträge aus seiner 1916 verfassten NWO. Eine Regierungsübernahme unter den Bedingungen völlig zerrütteter Staatsfinanzen war in der NWO - drei

Jahre vorher - nicht angedacht. Über Nacht sahen sich Gesell und seine Mitarbeiter vor der Aufgabe – auch noch mit der inneren Schuld des Kaiserreichs von 154 Milliarden Goldmark - dreimal so viel wie das jährliche Sozialprodukt vor dem Kriege – und mit den zu erwartenden Reparationsforderungen der Siegermächte von 132 Milliarden Goldmark fertig zu werden (3). Diese innere Schuld waren die Kriegsanleihen, die die monarchie- und kriegsbegeisterten Mittelständler vorwiegend aus ihren Arbeitersparnissen dem Kaiser zur Verfügung stellten, in der selbstverständlichen Erwartung, dass die Kriegsverlierer die Kriegsgegner seien und dass diese die Schulden des Kaisers an sie zurückzahlen würden, mit Zinseszins natürlich!

Wie stellten sich die drei „Gesellianer“, die eine Woche lang im Wittelsbacher Palais, dem bayerischen Finanzministerium residierten, dieser Aufgabe? Kapitulierte sie davor wie später



Silvio Gesell

(nach einem Holzschnitt von Stefan Pokora; Katalog Silvio-Gesell-Ausstellung Saint-Vith, Hann. Münden 1988)

die Weimarer Demokratie und ließen sie die Ersparnisse des Mittelstandes durch weitere Inflationierung der Reichsmark total entwerten und trieben dadurch Millionen Deutsche von der Demokratie weg zu den Rechtsparteien, wie es dann 1925 bei der Wahl des Reichspräsidenten zum Ausdruck kam, als die Mehrheit den Statthalter des Kaisers, seinen greisen Feldherrn im 1. Weltkrieg, Paul von Hindenburg, zum Reichspräsidenten wählten? **Gesell stellte sich dieser Aufgabe und erweiterte sein Programm um eine gerechte Finanzierung aller Kriegslasten durch eine große VERMÖGENSABGABE, die in seiner NWO bis dahin nicht vorgesehen war.**

„Wir gingen mit Volldampf voraus und konnten schon morgen durch einen Putsch von rechts oder links abgesetzt werden“, so Dr. Christen im Tagebuch. Diese großen Reformen: Freigeld, Freiland, Vermögensabgabe mussten verwaltungstechnisch vorbereitet und dabei noch die Tagesaufgaben eines Finanzministers erledigt werden, wobei im Interesse der notleidenden Menschen die Zahlungsfähigkeit des Staates für dringende soziale Aufgaben zu sichern war.

Der Zentralrat wurde über den Plan der großen Vermögensreform und die Überwindung des Kapitalismus durch Freigeld und Freiland für die zentrale Versammlung der Räte informiert. Die Unterlagen sagen nichts, ob und wie der Zentralrat darüber beriet, denn einen Tag später sprach er Gesells Entlassung aus. Inzwischen bildeten Kommunisten mit Roten Garden die zweite Räteregierung an Stelle der libertär-anarchistischen Regierung.

Nun war Gesell nur für die bayerischen Finanzen zuständig. Sein Telegramm an die Reichsbank, in dem er mitteilte zur absoluten Währung überzugehen, ist auch eine Aufforderung an die Reichsbank die Inflationspolitik einzustellen. Dass sich Gesell während seiner kurzen Amtszeit auch für die Währungspolitik des Reiches mit verantwortlich fühlte, geht auch aus seiner Vernehmung durch den Staatsanwalt hervor. Ihm erklärte er u.a. „Meine Hauptaufgabe war es, ein Wirtschaftsprogramm für Bayern und das Deutsche Reich auszuarbeiten.“ Gesell bereitete auch eine internationale Konferenz in München über ein neues internationales Verrechnungssystem vor, wie es in der NWO unter dem Titel IVA – Internationale Valuta Assoziation - vorgestellt wurde. Es floss später in die Vorschläge J.M. Keynes für ein neues Weltwährungssystem nach dem 2. Weltkrieg ein, das in Bretton Woods 1944 abgelehnt wurde.

Mit seiner Vermögensreform ging Gesell weit über seine Geld- und Bodenreform in der NWO hinaus. Ein Eingriff in die bis zu seinen Reformen aufgestaute Vermögenskonzentration aus der Ausbeutung der Arbeit durch das Geld- und Bodenkapital ist dort nicht vorgesehen. Allgemeine Auffassung seiner Anhänger war und ist, dass sich nach Aufhören weiteren Kapitalwachstums durch das Wegsteuern der Grundrente und durch das Erreichen eines Zinssatzes um null die erreichten Milliarden- und Millionenvermögen von selbst auflösen würden. Je nach Vermögenshöhe dauert das länger oder kürzer. Aber unter dem Druck der Riesenstaatschuld nach dem Weltkrieg griff Gesell nach den vorhandenen Vermögen, um die Kriegslasten auf alle gerecht zu verteilen. – Diese Maßnahme hätte die Mehrheit der Deutschen für die Demokratie einen können. Zusammen mit dem Ausschalten der Wirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland durch rechtzeitigen – von Gesell und seiner Bewegung geforderten - Ausstieg aus der 1924 neu installierten Goldwährung und Einführung des Umlaufgeldes hätte der 1928 erreichte hohe Beschäftigungsstand in etwa gehalten und so der NSDAP der Boden für ihre lawinenhafte Ausbreitung in der Krise der Boden entzogen werden können. Die Freigeldversuche von Schwanenkirchen und Wörgl zeigten außerdem, dass die Gesellsche Geldreform selbst in kleinen Gemeinden funktionierte und Erfolge hatte.

Nach der Revolutionszeit wurde in der Gesellbewegung diese Erweiterung der Mittel Gesells kaum diskutiert und auch nach Weltkrieg II stellte der Autor solche Diskussionen in seiner über 60-jährigen Arbeit nicht fest. So wie heute noch das Dogma vom Privateigentum an Produktionsmitteln in vielen marxistischen Köpfen steckt (4), so scheint sich unter Gesellanhängern ein ungeschriebenes Dogma gebildet zu haben:

An den durch Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der Natur nach Weltkrieg II entstandenen Riesenvermögen brauchen wir nach Einführung der Geld - und Bodenreform nichts zu ändern. Sie lösen sich ja von selbst durch Verbrauch auf, wenn sie nicht mehr - wie seit Jahren üblich - um ca. 500 Mrd. Euro jedes Jahr aus dem Zins des Geld-, Sach- und Bodenkapitals wachsen.

Dabei war und ist die Kehrseite dieses Wachstums der Privatvermögen der Geldmangel der Gesellschaft, der zu sozialen, kulturellen, bildungspolitischen und gesundheitlichen Schäden führt. Letzlich sind auch die Konjunkturstörungen mit Massenarbeitslosigkeit und die Riesenstaatsverschuldung mit jetzt 1,7 Billionen Euro auf die Konzentration des Reichtums bei den Privaten zurückzuführen. Daher musste sich die Gesellschaft für die Minimalstandards im Bildungs- und Gesundheitswesen, der Altenversorgung usw. bei den Privaten verschulden und muss sich immer wieder neu verschulden, so dass die Schere zwischen privatem Reichtum und gesellschaftlicher Verarmung immer größer wird.

Es ist deshalb nicht einzusehen, dass an der durch jahrzehntelange Ausbeutung von Arbeit und Natur vorhandenen Vermögensverteilung bei Einführung der gesellschaftlichen Reformen nicht auch direkt etwas geändert werden sollte.

Wir brauchen doch nicht wirklich zu warten, bis sich nach Einführung von Umlaufgeld die Großvermögen durch Verbrauch auflösen. Wir haben es mit Umlaufgeld doch in der Hand die Verursacher aller die Gemeinschaft treffenden Schäden zur Kasse zu bitten. Im Kapitalismus, also mit Hortgeld, können die Großkapitalisten durch GELDSTREIK die Wirtschaft lahm legen, jeden Angriff auf ihre Privilegien im Keim ersticken und auch den Staat zur Strecke bringen – das erleben wir gerade mit Griechenland.

Als kleinste und jüngste – oder zu spät gekommene Gruppe der NWO-Bewegung – hat die BI A3W deshalb in ihrer LIBERALSOZIALEN ERKLÄRUNG 2005 einen LASTENAUSGLEICH gefordert: finanziert aus der Besteuerung nicht leistungsgerechter Einkommen und vorhandener Vermögen (5).

Hier liegt z.B. ein Unterschied zum Finanzprogramm der LINKEN, die pro Jahr insgesamt ca. 140 Mrd. Euro lt. ihrem Wahlprogramm zusätzlich vor allem aus der wieder einzuführenden Vermögenssteuer herausholen wollen. Dieser Betrag würde die 500 Mrd. Zinsertrag schmälern (s.o.). Aus Sicht der Finanzkapitalisten ist dabei die Frage nur: Würde damit eine Rentabilitätsgrenze unterschritten, die die „angemessene Bedienung“ (Hans Martin Schleyer) des Kapitals verfehlen würde? Dabei hätten sie auch eine Revolution mit Totalenteignung zu bedenken. Wenn „Ja“ würde mit Generalstreik des Geldes geantwortet - heute wäre das verlustlos möglich!

Mit umlaufgesichertem Geld wäre diese Frage bei Festlegung der abzuschöpfenden Steuerhöhe ohne Bedeutung.

Georg Otto

(Die Anmerkungen sind auf Seite 31 nachzulesen.)

Regierungswechsel 2013 !

2009 wurde die große Koalition abgewählt und die Steuerentlastungspartei FDP auf Kosten der CDU gestärkt. Beide erhielten eine knappe Mehrheit. Die FDP will ihr Versprechen einlösen. Die CDU sträubt sich mit Blick auf die Finanzen. Dieses Hin und Her senkte die Umfragewerte für die Regierung auf unter 50%. Es gibt genug Gründe 2013 die Abwahl von CDU/FDP aktiv zu fördern! Dann würde ROT-ROT- GRÜN eine Mehrheit haben; die ihre Führungen noch nicht wollen. Was wäre sonst drin? Nur die im Vorjahr abgewählte große Koalition!

NUR: Was ist von einer LINKSREGIERUNG zu erwarten? Könnte sie die sich schon vorbereitende nächste Spekulationswelle in den Griff bekommen ? Diese Parteien fordern mehr Kontrollen der Finanzströme – die Regierung auch, auch international gibt es nur Absichtserklärungen! Und überall wird die Kontrolle des wichtigsten Finanzstromes übersehen, obwohl die Bundesbank 2009 erklärte, 55-65% der Geldes werde gehortet. **Mehr als die Hälfte des Geldes kann also nicht kontrolliert werden!**

War das nicht ein Grund, weshalb die rot-grüne Regierung (1998-2005) scheiterte? Weil sie die Krise mit der Steuerreform von Herrn Eichel noch weiter verschärfte: Milliarden Euros sichere Staatsnachfrage wurden umgewandelt in viele private Einzelentscheidungen, die ersparten Steuern bei sehr niedrigen Renditen zu investieren **oder spekulativ die Finanzkrise von 2007 - 2009 vorzubereiten**. Rot-grün bestrafte dann noch mit HARTZ-IV die Opfer der Krise zugunsten der Nutznießer.

Damit ROT-ROT-GRÜN nicht ebenso scheitert, ist Aufklärung nötig! Die Liberalsozialisten in der LINKEN begannen mit einer von der „Landes-Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft“ organisierten Debatte zwischen Prof. Dirk Löhr (NWO-Vertreter) und Prof. Herbert Schui (LINKE) in Hannover (ein Protokoll befindet sich weiter hinten in diesem Heft).

Die BI startet jetzt mit einem Aufruf (s.S. 13) eine Aktion, die **Idee des Wechsels 2013** mit einer Unterschriftenaktion und mit Briefen an diese Parteien zu verbreiten. --- **Helfen Sie bitte mit !!** - Näheres im **Mittelteil**, den alle LeserInnen kopieren oder bei uns anfordern können. --- Natürlich brauchen wir für diese Aktion eine Menge Spenden !!!
(Dafür gibt es das **Konto 434016700** Georg Otto bei der

Volksbank Hildesheimer Börde, **Stichwort Wechsel 2013**, BLZ 259 915 28). In dieser Ausgabe des DRITTER WEG führen wir die Debatte mit den GRÜNEN in Teil I des Aufrufs (s.S.14). Es folgen LINKE und SPD.

Mit einem Antrag an die Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) der GRÜNEN wollen die Liberalsozialen (LISOS) der Partei erreichen, dass ihre Positionen auf die Brauchbarkeit zur Realisierung grüner Politik geprüft werden. Auch dabei kann jede/r mithelfen, durch Verbreiten des Mittelteils (bes. S.14) an grüne Mitglieder und Anhänger, auch örtliche und regionale Gruppen und Abgeordnete. Beim Wahlprogramm 2009 wurden die LISO-Anträge vom Vorstand geblockt und auf Kommunalebene mit Tauschringen und REGIO-Geldern begrenzt. Immerhin soll jetzt schon die im Wahlprogramm verankerte Förderung von Tauschringen und Regiogeldern durch die örtlichen Gruppen der Partei durchgeführt werden. Die LISOS wollen so Anfänge setzen, die FINANZKRISE zu begrenzen!

Wenn lt. SPIEGEL-ONLINE (19.4.) die GRÜNEN im Bundestag eine Enquete-Kommission fordern wollen, die untersuchen soll, **ob Finanzkrise und Wachstumszwang nicht auch Ursachen in Geld und Zins haben**, so ist der Schreiber dieser Zeilen skeptisch, war doch Fraktionssprecher Jürgen Trittin seit 1978 sein Hauptgegner in dieser Sache.

Im Mittelteil dieses Heftes wird das Wirtschaftspapier der Parteilinken von 2007 erwähnt, in dem auf 13 Seiten das Wort Kapitalismus nicht vorkommt und von Geld und Zins keine Rede ist.

Die BI startet diese Aktion auch um ihre Ziele in die anderen Parteien hineinzutragen, die ebenso höchst verunsichert sind. Z.B. am 17.4. in der LAG Wirtschaft der Linken in Hannover. Kommt ROT-ROT-GRÜN ohne liberalsoziale Geld- und Bodenpolitik zustande, dann wird auch diese Farbenkombination im Strudel der sich jahrzehntelang hinziehenden kapitalistischen (End-)Krise untergehen.

Wird dann eine eigene Wahlbeteiligung von A3W fällig? Sie ist in Satzung und Programm von A3W zum geeigneten Zeitpunkt durchaus angelegt. Versuchen wir die Umerziehung der Parteien und bauen dabei A3W zur Wahlfähigkeit aus – für alle Fälle!

Georg Otto für A3W,
31079 Eberholzen, Gänseberg 11. - DRITTER WEG gibt es übrigens unter www.alternativen.biz.

Was gibt es sonst noch in DRITTER WEG – ALTERNATIVEN - Nr. 69 ? Währungsgeschichte präsentiert Jörg Gude mit dem Rückblick auf die **Bretton Woods Konferenz 1944** (S.7).
Bernhard Krätzig stellt **fünf wichtige internationale Problemkreise** vor (S.4).

Wie heute noch **Geld und Zins in vielen Polit-Runden ausgeklammert** werden, zeigen wir an zwei **Fernsehdiskussionen** (S.21). - Aus *Simon Bichlmaiers* Buch „**Geld und Ökonomie**“ stellen wir das Kapitel „**Der Schein-Dritte-Weg der sozialen Marktwirtschaft**“ dar (S.25)

Über Erweiterungen politischer Forderungen aus der Tätigkeit *Silvio Gesells* in der **Münchener Räterepublik 1919** lasen Sie bereits auf den Seiten 1 und 2. Ergänzungen dazu finden sich in den Anmerkungen auf Seite 31. - Termine und org.- finanzielle Hinweise sind auf der letzten Seite. ---- **In der Herbstnummer** gibt es Auszüge aus dem Buch „**Freigeld**“ von *Klaus Rohrbach* und **Berichte über den „dritten Weg“ des letzten Stellvertreters der Staatsbank der DDR** und die Programmdiskussion mit der Partei DIE LINKE

Abriss der großen Baustellen der Weltwirtschaft

Die Schwierigkeiten in der Weltwirtschaft werden durch folgende Problemherde gekennzeichnet:

- 1. Die Instabilität der europäischen Währungsunion**
- 2. Die Inflationsgefahr in vielen westlichen Staaten**
- 3. Die Verringerung der Ölvorkommen und die Gefahr der Ölklemme**
- 4. Die Ablösung des Dollars als Weltleitwährung**
- 5. Die globale Derivateproblematik**

1. Die Instabilität der europäischen Währungsunion

Während einzelne Länder mit eigener Währung die Möglichkeit haben, sich in eigener Währung zu verschulden und diese bei Bedarf abwerten zu können um wieder wettbewerbsfähiger zu werden, fällt diese Möglichkeit in einem gemeinsamen Währungsraum weg. Die Konstruktion des EURO-Währungsraums, in denen verschiedene Länder mit ganz unterschiedlicher Wirtschaftskraft unter das Dach einer Währung zusammengefasst wurden, muss die Schwankungen, die aus den unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten der Einzelwirtschaften entstehen, im Rahmen ihres Verbundes ausgleichen – somit kommt es zu Zwängen innerhalb des Systems. Am Beispiel Griechenlands wird die Verflechtung innerhalb des EURO Raums deutlich. Ausgerechnet die zwangsverstaatlichte HRE (Hypo Real Estate) hat ca. 10 Mrd. Euro in Griechenland investiert. Nach Angaben der BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich) sind Deutsche Banken mit 35 Mrd. Euro die drittgrößten Gläubiger Griechenlands. Ein griechischer Staatsbankrott hätte zur Folge, dass viele noch vor kurzem mit deutschen Steuergeldern gestützten deutschen Banken, die griechische Staatsanleihen halten, ihr Geld nicht mehr zurückbekommen und in gefährliche Schieflagen geraten würden. So entsteht das Paradox, dass der deutsche Steuerzahler die Hilfe für Griechenland schon deswegen zahlen müsste um die deutschen Banken, die in 2008 schon einmal mit seinem Geld gestützt wurden, nicht doch noch umfallen zu lassen.

Was aber wäre das für ein Signal für andere Wackelkandidaten im EURO Währungsraum? Für Portugal, für Spanien, für Italien oder Irland ? Es könnte zu einem Weitermachen wie bisher verleiten auf Kosten derjenigen Banken und Staaten, welche in den gefährdeten Ländern Staatsanleihen halten. Ein „Weiter so“ würde die Probleme allerdings nur in die Zukunft verschieben; das EURO Währungssystem würde sich von innen heraus aushöhlen. Unterstützt man diese Wackelkandidaten nicht, sind soziale Unruhen und Instabilitäten innerhalb dieser Länder vorprogrammiert. Von dem Druck auf die Glaubwürdigkeit und damit auf die Kraft des EURO einmal abgesehen. Eine Unterstützung seitens des IWF (Internationaler Währungsfonds) würde zwar eine gewisse Ruhe in die Wirtschaft des angeschlagenen Landes bringen, wird aber durch die EZB (Europäische Zentralbank) noch abgelehnt, da sie um ihre Finanzhoheit im EURO-Raum fürchtet, andererseits würde sich auch dadurch das Problem der gesellschaftlichen Instabilität durch die knallharten IWF-Auflagen verschärfen.

Zu guter Letzt könnten diese Länder von sich aus aus der Währungsunion ausscheiden, sich wieder eine eigene Währung zulegen und diese bei Bedarf abwerten, um wieder Konkurrenzfähig zu werden. Das wäre dann der Anfang des Zerfalls der europäischen Währungsunion mit extremen Folgen insbesondere für Exportnationen wie Deutschland.

2. Die Inflationsgefahr in vielen westlichen Staaten

Viele westliche Staaten haben zur Stützung ihrer Banken erhebliches Geld in den Finanzsektor gepumpt mit denen sich die Banken am Finanzmarkt nun refinanzieren. Kommt dieses Geld eines Tages in den Wirtschaftskreislauf, ist die Gefahr einer Inflation gegeben. Das Verhältnis zwischen dem Geldvolumen und den angebotenen Waren und Dienstleistungen, die sich vorher in einer eher deflationären Entwicklung verringerten, führt

dann zu einem ersten realen Aufschwung, bevor die Preise weiter steigen und die Geldmengenausweitung zu höheren Inflationsraten führt. Eine Inflation von 6 – 10 % ist ein charmanter Gedanke für den Staat, sich selbst bei seinen Bürgern zu entschulden.

Das Problem besteht darin, die Zinspolitik so zu gestalten, dass es nicht zu einer unkontrollierten Inflation (galoppierende oder Hyperinflation) kommt, denn die Politik und die Gewerkschaften werden sagen, dass der Aufschwung nicht kaputtgespart werden darf; die EZB wird versuchen die Leitzinsen zu erhöhen um die Geldmengenausweitung zu regulieren, was allerdings die Kredite (insbesondere die Kurzfriskredite für den Mittelstand) verteuert und somit einerseits die Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe weiter einschränkt, andererseits zu Entlassungen zwingt. Der kleine Sparer verliert die Kaufkraft seines Ersparnis, der Staat kann sich entschulden. Der schmale Grat, in dem sich eine gewisse Inflationsrate durchaus positiv auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken könnte, ist deshalb äußerst schwer zu finden. Die Einhaltung der Ziele der Zentralbanken, einerseits Preisstabilität und andererseits Finanzmarktstabilität unter einen Hut zu bekommen, wird damit immer schwieriger.

3. Verringerung der Ölvorkommen und die Gefahr der Ölklemme

Die Ölförderleistungen sinken pro Jahr im Schnitt um 3,7%¹. Damit wird ein Ende der Ölvorkommen absehbar. Nach der Aufkündigung des Bretton Woods Abkommens durch Präsident Nixon 1971 wurde die Weltleitwährung, der US-Dollar, von der Golddeckung entkoppelt und durch Verträge insbesondere mit Saudi-Arabien an das Öl, an das „schwarze Gold“, angekoppelt. Bis heute darf deshalb Erdöl, übrigens genauso wie Gold, nur in US-Dollar gehandelt werden. So wurde die weltweite Nachfrage nach Öl letztlich zur Nachfrage nach „Petro“-Dollars. Diese Nachfrage begründete seitdem das Vertrauen und damit den Wert in den US-Dollar. Nun gab und gibt es Bestrebungen von Ölförderländern wie Irak, Iran und Venezuela, Öl nicht mehr in Dollars zu handeln. Dies wäre ein massiver Angriff auf die ohnehin durch eine hohe Staatsverschuldung schwächelnde Wirtschaftskraft der USA und das Einläuten des Endes des US-Dollars als Weltleitwährung. Für die Wirtschaftskraft der USA und damit auch der Weltwirtschaft ist also eine weitere hohe Nachfrage nach in Dollar gehandeltem Öl existentiell.

Auch wenn die Wirtschaftskraft der USA geschwächt ist, so handelt es sich doch immer noch um eine militärische Großmacht. Es ist nicht auszuschließen, dass u.U. massive kriegerische Aktivitäten zur Erschließung von neuen Ölfeldern seitens der USA und ihren (wirtschaftlichen und kulturellen) Verbündeten gestartet werden.

4. Die Ablösung des Dollars als Weltleitwährung

Die steigende Nachfrage nach Rohstoffen durch die sog. Schwellenländer, insbesondere durch China, wird die Preise weiter steigen lassen und damit inflationsfördernd wirken. China hält ca. 70% der im Ausland befindlichen Dollarreserven und hat den amerikanischen Wohlstand über Jahre finanziert. Nunmehr scheint China dazu nicht mehr länger bereit zu sein. Als sich am 16.6.2009 von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbemerkt Vertreter der sogenannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) trafen, ging es vor allem um die Ablösung des Dollars als Weltleitwährung. Die Chinesen schlugen vor, den Dollar durch eine virtuelle Verrechnungseinheit, ähnlich der „Bancor“-Idee von Keynes, zu ersetzen. Diese neue Leitwährung sollte durch die wichtigsten Währungen (Dollar, EURO, Pfund, Yen und Yuan) errechnet und stabilisiert werden. Die Stabilitätsaufsicht sollte dem IWF übertragen werden. Ohne sich vorher im Rahmen von G 8 oder G 20 abgestimmt zu haben, illustriert diese Veranstaltung den Autoritätsverlust der USA in der Wirtschaftswelt.

5. Die globale Derivateproblematik

Die „Kurswetten mit Verfallsdatum“², die sog. Derivate bilden ein weiteres weltwirtschaftliches Problemfeld. Der „Starspekulant“ George Soros hat diese sogenannten Finanzprodukte einmal „finanztechnische Massenvernichtungswaffen“ genannt. Bei diesen

Finanzprodukten werden regelrecht Wetten auf Kursverläufe abgeschlossen. Beispielsweise wird auf Kreditausfälle mit CDS (Credit Default Swaps) oder gegen Währungskurse gewettet. Damit können sich Finanzteilnehmer gegen Risiken absichern und gleichzeitig mit nur geringem Kapitalaufwand hohe Kapitalvolumina bewegen. Nur ca. 30 % dieser Derivate werden börsennotiert und damit reguliert gehandelt, die meisten gehen inoffiziell von „trader zu trader (over the counter)“³ von Steueroasen aus in den Finanzmarkt. Man schätzt, dass das Volumen aller gehandelten Derivate das zehnfache des gesamten „Weltinlandsproduktes“, welches auf ca. 50 Billionen US-Dollars geschätzt wird, übersteigt. Wenn nur 10% dieser Derivate nicht bedient werden könnten oder abgeschrieben werden müssten, wäre das gesamte Weltfinanzsystem nach Zahlen bankrott.

Neben diesen offensichtlichen Problemherden, gibt es noch andere Problemfelder, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll wie z.B. die Problematik des Wertverlustes vieler Gewerbeimmobilien in den USA, die Verschuldung afrikanischer Staaten oder die wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels.

Alles in allem zeigen diese o.g. Beispiele, dass jenseits der deutschen innerstaatlichen Wirtschafts- und Finanzschwierigkeiten (1,7 Bill. EURO Gesamtverschuldung, 80 Mrd. EURO Neuverschuldung 2010, Schuldenbremse ab 2011), dass das globale Wirtschafts- und Finanzsystem extrem instabil ist und jederzeit in eine unkontrollierbare Eigendynamik geraten kann kann. Jeder einzelne der aufgeführten Problembereiche reicht, um die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland drastisch zu verändern mit erheblichen Auswirkungen für jeden einzelnen. Der ehem. Chef der amerikanischen Notenbank, Alan Greenspan sagte am 20.9.2007 in einem Interview: "Die Vorhersagen der Ökonomen sind nicht besser als die von jedermann." Es ist höchste Zeit für jedermann, global zu denken und lokal zu handeln. – Es gibt Alternativen.



Dipl.-Ing. Bernhard Krätzig, Architekt, lebt und arbeitet in Sarstedt und Berlin. Email: kraetzig-sarstedt@t-online

Quellen:

1. Henrik Müller, Sprengsatz Inflation, Campus 2010, S. 140
2. Hamer/Hamer, Was passiert wenn der Crash kommt, Olzog 6.Aufl. 2005, S. 47
3. Sahra Wagenknecht, Wahnsinn mit Methode, Das Neue Berlin, 2008, S. 172

Bernhard Krätzig

Nachbemerkung:

Wie kann man sich 1,7 Billionen € Schulden klarmachen?

Dazu noch Zahlen von B.Krätzig:

Würde jeden Monat **1 Milliarde €** getilgt,
dauert der Abbau des Schuldenberges ca. **140 Jahre !**

Dazu kämen aber noch **die Zinsen**. Setzt man nur 5% an,
dann werden das **6 Billionen €**. ----- **DIE DREIFACHE SUMME DER SCHULD !**

Wie lange müssen dann die Zinsen getilgt werden?

Würden die 10 % der Zinsbezieher dann nicht an ihren Zinseinnahmen ersticken ?

Schon jetzt dienen die neuen Schulden fast nur zur Verzinsung der alten Schulden.

Die Zahlen machen doch den
IRRSINN der kapitalistischen ZINSWIRTSCHAFT
mehr als deutlich.

Das Scheitern des Bretton-Woods-Systems als Ergebnis der Ablehnung des Bancor-Plans von Keynes

Vortrag von Jörg Gude, RFH Köln, am 28.2.2008 auf der 3. Jahrestagung der *Keynes-Gesellschaft* in Berlin. Die BI „A3W – ALTERNATIVE DRITTER WEG“ stellt diesen Vortrag in ihrer Zeitschrift DRITTER WEG –ALTERNATIVEN als einen Weg aus der Krise des internationalen Finanz-Systems zur Diskussion und bittet die LeserInnen ihn auch in Kreisen der Wissenschaften, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Kirchen, der Alternativbewegungen und Parteien auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europaebene zu verbreiten.

In diesen Debatten gehört der **Keynes Bancor-Plan** in die Mitte der Erörterungen. Der Plan gründet sich auch auf die IVA – „**Internationale Valuta Assoziation**“ *Silvio Gesells*. Ende des zweiten Weltkrieges einigten sich die kapitalistischen Siegermächte in **Bretton Woods**, an der Ostküste der USA, auf das nach diesem Ort benannte **internationale Währungssystem für die Nachkriegszeit**. Die alte Goldwährung hatte wesentlich zur Weltwirtschaftskrise 1929 – 1933 und diese zum zweiten Weltkrieg beigetragen.

Wie es der neuen Goldwährung erging, sagt Ihnen Jörg Gude.

1. Einleitung und vorangestelltes Resümee. Das Bretton-Woods-System scheiterte 1971, als Präsident Nixon die Golddeckung für den US-\$ aufhob.

Meine These lautet: Das Scheitern des Systems war bereits 1944 in den Ergebnissen der Konferenz von Bretton-Woods angelegt als man sich für den US-Dollar als internationales Ausgleichsmittel entschied, welcher zugleich als US-Währung fungierte. Es ist zu zeigen, dass ein internationales Zahlungsmittel neutral Gläubiger und Schuldner belasten sollte, wie dies im **Bancor-Plan** von *Keynes* vorgesehen war. Ein Ausgleichsmittel, das gleichzeitig Tauschmittel eines Landes ist, kann für beide Zwecke kontraproduktiv sein. Diese Doppelrolle der US-Währung für zwei Herren, nämlich als nationales Zahlungsmittel und zugleich als internationales Medium hat dazu geführt, dass die nationale Währung inflationierte und auf längere Sicht ihre Qualität als Ausgleichsmedium für Zahlungsbilanzdefizite verlor. Es ist auch zu zeigen, dass und wie ein internationa-



John Maynard Keynes

les Währungssystem, basierend auf einer Kunstwährung wie dem **Bancor** von *Keynes* hätte funktionieren können.

2. Niemand kann zwei Herren dienen, auch der Mammon nicht.

In der Bibel heißt es in Matthäus 6,24: „Niemand kann zwei Herren dienen; entweder er wird den einen hassen und den anderen lieben, oder er wird an dem einen hängen und den anderen verachten. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“ Ähnliches steht in Lucas 16,13.

Soweit die Bibel. Aber auch der Mammon selbst kann nicht zwei Herren dienen oder Knecht derselben sein. Das lehrt uns die Erfahrung mit dem Währungssystem von Bretton-Woods. Denn der Dollar im System von Bretton-Woods diente zweierlei Herren, war zweierlei Knecht: Einerseits als nationales Zahlungsmittel für die Amerikaner und andererseits ein internationales Reserve- und Zahlungsbilanzausgleichsmedium. Diese Doppelrolle des Dollars setzten die Amerikaner unter Führung von *Harry Dexter White* in Bretton-Woods gegen den **Bancor-Plan** von *John Maynard Keynes*, den dieser für England vertrat, durch.

Damit war der Grundstein für das spätere Scheitern des Bretton-Woods-System gelegt. Lassen

Sie mich zunächst die Überzeugung ausdrücken, dass auch die traditionell dem Geld zugeschriebenen Rollen als Tauschmittel und Wertaufbewahrungsmittel einander diametral entgegenstehen: Das Geld als Tauschmittel wird gegen Waren oder Dienstleistungen hingegeben, also weggegeben, während eine Verwendung als Wertaufbewahrungsmittel Hortung und Verweigerung von Austausch beinhaltet.

Bei der Realisierung des **Bancor-Vorschlags** von Keynes dagegen hätte eine internationale **Kunstwährung namens Bancor** eine Ausgleichsfunktion zwischen den Volkswirtschaften übernommen, die ein Leistungsbilanzdefizit aufweisen und denen, die einen Leistungsbilanzüberschuss haben.

3. Kein Mittel kann zwei Zielen dienen (Tinbergen-Regel)

Wer dem biblisch-prosaischen Ansatz nicht folgen mag, der wird sich vielleicht von der (zumindest analogen) Anwendung der Tinbergen-Regel überzeugen lassen. Danach soll die Zahl der verfügbaren Instrumente mindestens so hoch wie die Anzahl der Ziele sein.

Für den Dollar als nationale Währung der US-Amerikaner gibt es eine eigenständige Zielsetzung der Versorgung der Wirtschaftssubjekte mit diesem Tauschmedium und einer optimalen Geldmenge. Nur rein zufällig ermöglicht die Bereitstellung dieser Geldmenge auch ein optimales Interagieren auf der Ebene als internationales Medium, den der Dollar im Bretton-Woods-System ebenfalls einnahm.

Umgekehrt könnte es sein, dass die Ausrichtung der US-Notenbankpolitik an internationalen Erfordernissen der ausreichenden und nicht maximal limitierten Nachfrage nach dem Ausgleichsmittel US-\$ zu einer nicht binnenwirtschaftlich-adäquaten Bereitstellung von Dollars führt, sondern zu einem Überangebot mit Kaufkraftverlust des Geldes und international auch der Währung, welche durch Wechselkursänderung mittels Abwertung ihren Ausdruck findet und nach dem Verlauf der Ereignisse auch tatsächlich fand.

Gegen den Grundsatz, kein Mittel kann zwei Zielen dienen, ließe sich einwenden, dass doch die Möglichkeit einer Zielübereinstimmung bestehen kann, aber nicht in Bezug auf die Anforderungen an eine nationale Währung und ein internationales Verrechnungsmittel. Wir dürfen mutmaßen, dass John Maynard Keynes als Mathematiker dieser Zusammenhang bekannt war und er ganz bewusst in seinem **Bancor-Vorschlag** auf die Trennung von nationalen Währungen und supranationalem Ausgleichsmittel setzte.

4. Rückblende: Wenn das Gold ausgeht ...

Zweimal haben es die Franzosen verstanden, den Amerikanern und der Welt eine Lektion in Sachen Golddeckung der Währung zu erteilen.

(1) Kein Geringerer als Milton Friedman berichtet aus den 30er Jahren: „Die *Banque de France* ersuchte die *Federal Reserve Bank – FED* - einen Teil ihrer Dollarbestände zum garantierten Kurs von 20,67 US-\$ je Feinunze einzulösen. Um das Gold nicht über den Atlantik zu verschiffen, erhielt die *Banque de France* in den Kellern der *FED* eigene Goldschließfächer. Kaum wurde dies bekannt, ging die Angst vor dem Verschwinden der US-Goldreserven um – der Dollar galt als geschwächt, der Franc als gestärkt“ (*Bernd Striegel*, „Über das Geld“, Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens, Blaubeuren bei Ulm 2004, S. 203, der sich auf Milton Friedman, „Geld regiert die Welt“ – Neue Provokationen vom Vordenker der modernen Wirtschaftspolitik, Düsseldorf – Wien – New York – Moskau 1992 bezieht).

(2) Das Bretton-Woods-Versprechen der Gold-einlösung des US-\$ wurde zum Trugbild. Das war es schon ein Jahrhundert zuvor. Die emittierte Geldmenge war schon im 19. Jahrhundert größer als die Goldreserve und in der Peelschen Bankakte von 1844 für England gesetzlich festgelegt (*B. Striegel*, S. 196f). Andernfalls hätte man Goldmünzen und nicht Papiergeld umlaufen lassen können. In den 1960er Jahren gab es eine „verstärkte Neigung ausländischer Banken“, besonders der *Banque de France*, „ihre kurz vor Kriegsende wieder an Gold gebundenen Taler (35 US-\$ entsprachen einer Unze Gold, seit 1. Juli 1944) gegen Gold bei der *Federal Reserve Bank* einzulösen. Längst waren natürlich viel mehr davon im Umlauf als Gold für sie hätte ausbezahlt werden können, auch, weil die US-Regierung Geld druckte, um damit etwa den Vietnamkrieg zu finanzieren“ (*Bernd Striegel*, a.a.O., S.197).

Natürlich ist der Vietnamkrieg zu erwähnen, aber das Währungssystem selbst war krank und litt an einem Geburtsfehler, welcher es den Amerikanern sowohl erlaubte als auch von ihnen erzwang, die weltwirtschaftlich bedingte Nachfrage nach Dollars durch ein Hervorbringen einer inflationierenden US-amerikanischen Währung zu befriedigen. *Bernd Senf* schreibt: „Erst als 1969 ein einziges Land von mittlerweile an die hundert Mitgliedsländern, nämlich Frankreich, von der Goldeinlösegarantie vollen Gebrauch machen wollte, kam das System ins Wanken. Der Hintergrund war der, dass Frankreich unter Staatspräsident *de Gaulle*

die Vision einer neuen Großmacht entwickelte, und sich aus der Vorherrschaft der USA lösen wollte: Aufbau einer französischen Atomstreitmacht, Sonderrolle in der NATO, aber auch währungspolitisch. *De Gaulle* traf die USA an einem ihrer mittlerweile empfindlichsten Punkte, nämlich an ihren zusammengeschrumpften Goldreserven“ (*Bernd Senf*, „Der Nebel um das Geld“, Zinsproblematik, Währungssysteme, Wirtschaftskrisen“, 9. Aufl., Kiel 2007, S. 187).

5. Der Bankrott der US-Notenbank und eine Weltwirtschaftskrise als Alternative zur Aufhebung der Golddeckung des US-Dollar.

„Was wäre“, so *Striegel*, „bei Aufrechterhaltung der Garantie der Einlösefähigkeit des Dollars eingetreten? Der Bankrott der Notenbank! Der Bankrott wäre begleitet gewesen von einer rapide sinkenden Geldmenge, da jeder eingelöste Geldschein vom Markt verschwunden wäre, ohne dass ein neuer wieder hätte emittiert werden können, weil es ja am Gold dafür gefehlt hätte. Das hätte dann unmittelbar eine massive Wirtschaftskrise zur Folge gehabt“ (*Striegel* a.a.O., S. 197). Diese Form der Geldmengenverringering gab es während der ersten Weltwirtschaftskrise u.a. in Deutschland. Auslöser: Der Abzug von amerikanischen Kurzfristkrediten, der Abzug von Bankeinlagen, der Abfluss von Devisen, der in Goldabflüssen ins Ausland endete und im Reichsinnern die Verringerung der Geldmenge durch die Reichsbank.

Um diese Gefahr wusste *US-Präsident Nixon*, „und er wusste es auch zu verhindern: Am 15. August 1971 erklärte er die Inkonvertibilität des Goldes – also die Nichteinlösefähigkeit der Währung“ (*Striegel*, a.a.O., S. 197). Dies war – wie so manches, was die USA unternehmen - wider alles Recht. *Bernd Senf* schreibt: „Als Frankreich die Einlösung seiner Dollarreserven in Gold forderte, wurde deutlich, dass den USA international die Zahlungsunfähigkeit drohte. Die Goldreserven reichten kaum mehr aus, um die Forderungen nur eines Mitgliedslandes zu begleichen“ (*Bernd Senf*, *Der Nebel um das Geld.*, a.a.O., S.187).

Kurz nach dieser Bloßstellung der USA erklärte *Präsident Nixon* 1971, dass die Goldeinlösegarantie sofort eingestellt würde. Die USA waren damit international pleite und entzogen sich von einem Tag auf den anderen ihren Verpflichtungen. Nicht etwa nach zähen Verhandlungen mit den daran beteiligten Ländern oder Zentralbanken über die Gewährung eines Überbrückungskredits oder eines Schuldenerlasses, sondern schlicht und einfach durch einseitige Erklärung des amerikanischen Präsidenten“ (*Bernd Senf*,

a.a.O., S. 187.) ... „Was mit der Aufhebung der Goldeinlösegarantie an die Oberfläche kam, war genau genommen Wirtschaftskriminalität auf höchster Ebene und in größtem Ausmaß. Und keiner der Verantwortlichen wurde jemals dafür zur Rechenschaft gezogen“ (ebenda S. 188).

Wenn auch eine übereinstimmende Beschreibung der Geschehnisse bei *Striegel* und *Senf* vorliegt, so bleibt es zwischen beiden eine Frage des Verständnisses und der Wertung, ob von einem Bankrott der US-Notenbank oder gerade von dessen Vermeidung gesprochen werden kann.

6. Keine solche existentielle Währungskrise und kein Bankrott bei der Internationalen Clearing Union möglich.

Gehen wir der Frage nach, ob es zu so einem Zusammenbruch des internationalen Währungssystems auch bei Verwirklichung der von *Keynes* vorgeschlagenen *Internationalen Clearing Union* gekommen wäre oder hätte kommen können. In seinen Proposals nimmt *Keynes* dazu unter Ziff. 5 wie folgt Stellung:

„Die Idee, die einer solchen Union zugrunde liegt, ist einfach, nämlich: das eigentliche Bankprinzip, wie es innerhalb eines jeden geschlossenen Systems gehandhabt wird, zu verallgemeinern. Das Prinzip besteht im notwendigen Ausgleich von Guthaben und Schulden. Wenn keine Guthaben aus dem Verrechnungssystem herausgezogen, sondern nur innerhalb des Systems übertragen werden können, kann die Union niemals in irgendwelche Schwierigkeiten kommen, was die Einlösung von Schecks anbelangt, die ihr vorgelegt werden. Sie kann jedem ihrer Mitglieder nach ihrem Ermessen Vorschuß gewähren in der Gewißheit, daß der Gegenwert nur auf das Verrechnungskonto eines anderen Mitglieds übertragen werden kann. Ihre einzige Aufgabe ist es, darauf zu achten, daß ihre Mitglieder sich an die Regeln halten, und daß die Vorschüsse, die jedem einzelnen von ihnen gegeben werden, klug und ratsam für die Union als Ganzes sind“ (*John Maynard Keynes*, „Vorschläge für eine Internationale Clearing Union“ (Union für den Internationalen Zahlungsverkehr), übersetzt aus den *Collected Writings*, Vol. XXV, Cambridge 1980 von *Werner Liedtke*, in: „Wesen und Funktion des Geldes“, Zahlen, Leihen und Schenken im volkswirtschaftlichen Prozess, Sozialwissenschaftl. Forum Band 3, Hrsg. Sozialwissenschaftliche Forschungsgesellschaft Stuttgart e.V. Stuttgart 1989 durch *Stefan Leber*, S.325ff, hier S. 327f).

Hellsichtig erscheint im nachhinein auch die vielleicht zunächst nur werbend gemeinte Formulierung von *Keynes* unter Ziff. 2.: „Es ist kaum vorstellbar, wie irgend ein Plan, der diese (von *Keynes* aufgezeigten, J.G.) Grundideen, die aus dem Zeitgeist geboren sind, nicht berücksichtigt, erfolgreich sein könnte“ (S. 326).

Auf nationaler Ebene benötigte die US-Notenbank, die FED, selbstredend nicht zwangsläufig eine Bindung des Dollars an das Gold, wie sie im Bretton-Woods-System für das Festkurssystem als Anker fungierte. Damit hätte auch für die US-Notenbank keine existentielle Gefahr bestanden, da sie – ebenso wie im System von Bretton-Woods gegenüber den Amerikanern kein Geldeinlöseversprechen abzugeben hätte und insofern auch nicht der von *Striegel* oben bezeichneten Bankrottgefahr ausgesetzt gewesen wäre.

Positiv würdigt die „International Currency Union“ (ICU) nach *Keynes* auch *Thomas Betz*: „Die fundamentale Eigenschaft der ICU ist also die einer Institution, die multilateral barter trading (z. dt. Kompensationsgeschäfte) organisiert und auf Basis eines „Geldes“ (gemeint ist der **Bancor**, J.G.) verrechnet, das lediglich bei der Verbuchung gelieferter Leistungen auf der Aktivseite des Lieferanten und auf der Passivseite des Verbrauchers in Erscheinung tritt, auf Geldverkehr im üblichen Sinne also völlig verzichtet. Man könnte sie also durchaus mit einem Tausch-Ring der Nationalstaaten vergleichen. In Bank-Termini ausgedrückt, handelt es sich also um eine „Bank“, die sich einer nicht konvertiblen Währungseinheit bedient, keine Liquiditätsproblem kennt, immer zahlungsfähig ist, nicht zusammenbrechen und dementsprechend auch auf Reserven verzichten kann. Insofern kann auch darauf verzichtet werden, dass einzelne Mitgliedstaaten Vermögenswerte zur Verfügung stellen, um einen Kapitalstock für einen Fond zu bilden, der Kredite vergibt (wie das bei IWF und Weltbank der Fall ist). Die Bereitstellung der Liquidität würde in genau der zur Finanzierung des Handels erforderlichen Größenordnung erfolgen. Im Verhältnis zum Bedarf wäre also nie zuviel oder zuwenig internationales Geld vorhanden. Die internationale Währung wäre ausschließlich von endogenen Prozessen bestimmt und nicht abhängig von Goldfunden, vom Vertrauen in eine Leitwährung bzw. vom Grad der durch das Leitwährungsland zur Verfügung gestellten Liquidität. Das in der Praxis häufig hochproblematische Dilemma zwischen der Verwendung der Leitwährung als einerseits nationaler Währung und andererseits internationaler Liquidität und Zentralbankreserve wäre aufgelöst. *Keynes* betont auch, dass ein weiterer bedeutender Vorteil des Systems darin besteht, dass dabei nicht mehr Liquidität über Hortungsmechanismen dem Markt entzogen (insbesondere sollte auch die Konvertibilität

des **Bancor** in Gold explizit ausgeschlossen werden) und dadurch deflationärer Druck mit Kontraktionswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft ausgeübt werden kann (*Thomas Betz*, „**War Keynes der bessere Gesell oder Gesell der bessere Keynes?**“ In: Zeitschrift für Sozialökonomie, 146. Folge, Sept. 2005, S. 13-23, hier S. 18).

7. Der Keynes-Plan als Modell

Kai Mommsen beschreibt den *Keynes*-Vorschlag einer ICU so: „Diese Institution sollte seinem Vorhaben nach den Internationalen Handel erleichtern und Verschuldungsproblemen vorbeugen. *Keynes* wollte als Verrechnungseinheit nicht ein nationales Geld wie heute den Dollar, sondern ein eigenständiges Zahlungsmittel einführen. In diesem Geldsystem sollten die Überziehungskredite wie üblich mit 1-2 % verzinst, aber auch die Guthaben mit einer Abgabe in der gleichen Höhe belastet werden, ein negativer Zins. Das Ziel *Keynes*' war es, dass Handelsbilanzüberschüsse immer wieder ausgeglichen werden. Soweit Guthaben entstehen, sollten diese als billige Entwicklungskredite vergeben werden. Auf Druck von US-Großbanken wurde diese Vision aber nicht verwirklicht“ (*Kai Mommsen*, „die tyrannei des mammons“, km 21.0, Berlin 2005, http://www.km21.org/capital/tyrannei-mammon_2005.html, 23.12.2007, S. 4.)

Der **Bancor-Vorschlag** oder -Plan ist Bestandteil der „Vorschläge für eine Union für den Internationalen Zahlungsverkehr“, welchen *Keynes* im April 1943 ausformulierte. *Zimmermann/Liedtke* sehen darin „ein Manifest einer assoziativen Weltwirtschaft“ und vertreten die These, wonach der „**Keynes' Plan ... heute aktueller denn je**“ ist, „**weil er auf der Grundlage einer sachgemäßen Geldfunktion aufbaut, die niemanden begünstigt und niemanden benachteiligt**“, (*Zimmermann, Edmund Josef/Liedtke*, Vorbemerkung zu John Maynard Keynes, „Vorschläge für eine Internationale Clearing Union“, in: „Wesen und Funktion des Geldes, Zahlen, Leihen und Schenken im volkswirtschaftlichen Prozess“, Sozialwissenschaftliches Forum Band 3, hrsg. Sozialwissenschaftliche Forschungsges. Stuttgart e.V. 1989 durch Stefan Leber, S. 323), also **die Neutralität und das Gleichgewicht zwischen Schuldner- und Gläubigerpositionen wahrt**.

Hugo Godschalk betont als wesentlichen Unterschied gegenüber dem 1990 geltenden („heutigem“) Währungssystem „die **Umlaufsicherung der internationalen Liquidität** durch:

- a) die konsequente Anwendung des multilateralen Clearingprinzips,
- b) die supranationale Recheneinheit,
- c) den negativen Zins auf Guthaben,
- d) die untersagte „Barabhebung“,
- e) die Anpassungslast für die Überschussländer“

(Hugo Godschalk, „Keynes-Plan 1944 und Silvio Gesells IVA-Plan“, in: „Fragen der Freiheit“, Heft 206 (September/Oktober 1990), S. 35-46, hier S. 44).

Aus dem Gesichtspunkt der Handels- und Entwicklungsfinanzierung ist der Vorschlag von Keynes vorteilhaft. Die Gläubigerstaaten können dem Negativzins entgehen, wenn sie aus ihren Überschussguthaben in **Bancor** Kredite an Defizitländer geben und dadurch den internationalen Handel fördern. Zugleich würden diese Kredite zu sehr niedrigen Zinsen gegeben, da die Opportunitätskosten ein *Negativzins* von ein oder zwei Prozent sein würden, mit denen die Gläubigerländer ansonsten ihre **Bancorguthaben** belastet hätten

8. Die amerikanische Interessenlage war jedoch eine andere.

Hugo Godschalk urteilt knapp: „Der Vorschlag verstieß gegen die ökonomischen Interessen der USA, der wirtschaftlichen Siegermacht des Zweiten Weltkrieges. Auf der Bretton-Woods-Konferenz wurde deshalb der amerikanische Gegenvorschlag vom Verhandlungsführer *White* größtenteils übernommen. Dieser Plan sah eine weitere Vorherrschaft des Dollars, eine Konvertibilität der Guthaben in Gold und eine Verzinsung der Überschüsse vor. Er entsprach damit weitgehend den Interessen der Gläubigerländer“ (ebenda).

Zimmermann/Liedtke machen auf Folgendes aufmerksam: „Eine Auseinandersetzung mit den Einzelheiten des *Keynes-Planes* muß berücksichtigen, daß sich der Text gelegentlich in der Wortwahl und in den sprachlichen Wendungen dem Interessen- und Verständnishorizont der amerikanischen Wirtschaftspolitiker anzupassen versucht. Von ihnen konnte man nur ein geringes Maß an ökonomischer Vernunft erwarten. Sie waren 1944 geblendet durch die große, nationalen Wohlstand verheißende Aussicht, Gläubiger der ganzen Welt zu werden. Und sie hatten den unvergleichlich großen nationalen Hort angesammelter Goldbarren zu bewahren, da darauf die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA beruhte“ (ebenda S. 324).

So ist es nicht verwunderlich, dass die Amerikaner einen Alternativplan präsentierten und auf der Bretton-Woods-Konferenz durchsetzten, der sich an der Vor-

machtstellung des US-\$ orientierte und diesen sowie die anderen Währungen mittelbar in eine feste Relation zur Feinunze Gold band (35 \$ = 1 Unze Feingold).

Was wurde nun aus den nach *Zimmermann und Liedtke* von den USA antizipierten Erwartungen? Keine drei Jahrzehnte nach der Bretton-Woods-Konferenz waren die USA Schuldner und retteten ihre Goldreserven nur dadurch, dass sie das Einlönungsversprechen des Dollars in und gegen Gold einseitig aufhoben oder brachen. *Keynes*, so die zitierten Autoren, wusste es von vornherein besser: „Das Gold aber repräsentierte den versteinerten Geldwert, das „barbarische Relikt“ – so nannte es *J.M.Keynes* -, das zu überwinden war“.

9. Theoretische Grundlagen und bei der Ausgestaltung des Bancor

zeigt z.B. *Santiago Fernandes* auf. Er war Mitglied der brasilianischen Delegation auf der Bretton-Woods-Konferenz und Währungsexperte der „Banco do Brasil“, der Staatsbank von Brasilien. Er publizierte am Vorabend der Konferenz einen Artikel, überschrieben „Oura, a Reliquia Borbara“ (Gold, eine barbarische Reliquie) und 1967 erschien ein Buch unter gleichem Titel (vgl. Anmerkung der Redaktion zu *Santiago Fernandes*, „Die Lösung der Internationalen Währungsprobleme auf der Basis des *Keynes-Planes*“, Zeitschrift für Sozialökonomie, 14. Jg., Nr. 40/41 April 1979, S. 24).

Den Buchauszügen vorangestellt ist Ziff. 1 d) aus den Proposals von *Keynes*: „Wir brauchen ein System, das mit einem Mechanismus zur Stabilisierung der Kaufkraft im Inland ausgerüstet ist und gleichzeitig im internationalen Verkehr auf jedes Land einen Druck ausübt, wenn seine Zahlungsbilanz mit anderen Ländern in irgend einer Richtung aus dem Gleichgewicht kommt und dadurch in der Bilanz seiner Nachbarn Verwirrungen anrichtet“ (ebenda). *Fernandes* bezieht sich auf Alvin Hansen und dessen In-Erinnerung-Rufen der Vorstellungen von *Keynes* über ein Welt-Verrechnungsinstitut (*Santiago Fernandes*, a.a.O., S. 24) und den Gedanken der **Liegegebühr für Guthaben**. *Fernandes* befürwortete 1967 die Anwendung dieser **Liegegebühr** auch für private Dollarguthaben in Banken der USA und auf die in Dritt-Ländern gehorteten Dollars, um sie ihrer Tauschmittelfunktion wieder zugänglich zu machen. Das Geld müsse im Umlauf sein. Zu den gedanklichen Vorläufern zählen der in der „Allgemeinen Theorie“ von *Keynes* gewürdigte

Silvio Gesell, der eine **Umlaufsicherung des Geldes** durch einen periodischen Wertverlust vorschlug („Freigeld“). Ebenso zählt auch *Proudhon* mit seinen Tauschbank-Vorschlägen zu den gedanklichen Vorläufern.

10. Ausblick. Die Architektur eines künftigen Währungssystems

sollte sich orientieren an den Vorgaben des Bancor-Vorhabens von *Keynes*, angereichert um andere Ideen wie z.B. die Tobin-Steuer. Die Verknüpfung mit der Tobin-Steuer könnte vor dem Hintergrund überraschen, dass sie für ein System flexibler Wechselkurse vorgeschlagen wurde (vgl. *Gerhard Aschinger*, „Währungs- und Finanzkrisen“, Entstehung, Analyse und Beurteilung aktueller Krisen, München 2001, S. 342). Im System fester Wechselkurse macht sie ebenfalls Sinn, indem sie spekulativen Attacken gegen einzelne Währungen weitgehend vorbeugt (vgl. ebenda mit dem Beispiel bei der Abwertung des britischen Pfundes 1967) und die Interventionsbelastungen der nationalen Notenbanken im Regelfall mindert.

Bereits in der „Allgemeinen Theorie ...“ hat sich *Keynes* für eine allgemeine **Transaktionssteuer** ausgesprochen im 12. Kapitel: „Die Einführung einer beträchtlichen Umsatzsteuer auf alle Abschlüsse dürfte sich als die zweckmäßigste verfügbare Reform erweisen, um die Vorherrschaft der Spekulation über das Unternehmertum ... abzuschwächen“ (*John Maynard Keynes*, „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, Übersetzung von Fritz Waeger, korrigiert und überarbeitet von Jürgen Kromphardt und Stefanie Schneider, 10. verbesserte Auflage, Berlin 2006, S.136. Der Hinweis auf diese Stelle findet sich für den englischen Text bei *Gerhard Aschinger*, Währungs- und Finanzkrisen, a.a.O., S. 338 Fußnote 18). Die **Tobin-Steuer** dürfte eine Ergänzung und Abmilderung der von *Keynes* in seinen Proposals vorgesehenen, aber nicht näher beschriebenen Kapitalverkehrskontrollen sein (vgl. *John Maynard Keynes*, Vorschläge ..., a.a.o., S. 340f; Abschnitt VI, überschrieben mit „Die Kontrolle der Kapitalbewegungen“).

Die Zukunft der Ideen von *Keynes* liegt noch vor uns. Ich erwarte die Verwirklichung der Grundgedanken zunächst nicht auf der Ebene von IWF und Weltbank, sondern in regionalen und überstaatlichen Wirtschaftseinheiten, in denen Regionen und Nationalstaaten neben den nationalen Währungs- und Tauscheinheiten ein Verrechnungsmittel zwischen den Gliederungseinheiten nach den Überlegungen zum **Bancor** einführen.. Hier könnten zunächst auch praktische Erfahrungen gewonnen werden, ehe das gesamte

Weltwährungssystem nach diesen Grundsätzen umkonzipiert wird.

Keynes hat uns seinen Plan als sein Testament hinterlassen (vgl. *Josef Edmund Zimmermann*, „1945 – und was dann?“, Weltwirtschaftskrisen und **Soziales Hauptgesetz**, in: Das Soziale Hauptgesetz, Beiträge zum Verhältnis von Arbeit und Einkommen, Sozialwissenschaftliches Forum, Bd. 1, herausgegeben von der Sozialwissenschaftlichen Forschungsgesellschaft Stuttgart e.V. durch Stefan Leber, Stuttgart 1986, S. 197-233, hier S. 208). **Verwirklichen wir seine Grundideen!** --- Nach einem **Umbau des Weltwährungssystem nach dem Keynes-Plan** könnten wir dann in einigen Jahrzehnten Rückschau nehmen mit Theodor Fontane:

**John Maynard! „Wer ist John Maynard?“ ...
„In Qualm und Brand“ – den Krisen des internationalen Finanzwesens (J.G.) –
„Hielt er das Steuer fest in der Hand,
er hat uns gerettet, er trägt die Kron“,
sein Bancor-Vorschlag verdient
„unsre Liebe, sein Lohn. John Maynard.“**

Diskussionsvorschläge, Fragen an Jörg Gude,
Wiedel 13, 48565 Steinfurt, mail:
joerggude@aol.com

Der Autor ist auch 2. Vorsitzender der SG - „Sozialwissenschaftliche Gesellschaft“ und ist an den Frühjahrs- und Herbsttagungen der SG beteiligt.

Die Bücher von Prof. *Bernd Senf* „Der Nebel um das Geld“ (19 €) und *Bernd Striegel*: „Über das Geld“ (36 €) plus Porto über A3W: 31079 Eberholzen, Gänseberg 11 beziehbar.

Dieser Aufsatz erscheint in der A3W-Zeitschrift „DRITTER WEG – ALTERNATIVEN“, sie erscheint zwei bis dreimal im Jahr mit mind. 64 Jahressseiten.

Probehefte 3,50 €, die letzten 3 Nummern zu 9 €.

Um auch knappen Kassen den Bezug zu ermöglichen und andererseits Zeitschrift und politische Arbeit von A3W zu sichern, gibt es keine Obergrenze für Abo-Preis und Beitrag. Untergrenze sollte 10 € sein. Frei-Abo und Frei-Mitgliedschaft sind möglich.

Dieser Text kostet als Sonderdruck einzeln 1,50 €, 2 Expl. 2 € incl. Porto, ab 3 Expl. 60 ct je Expl. + 1,50 € Versand bis 500 Gr. (etwa 40 Expl.).

An WählerInnen, Mitglieder, Vorstände, TrägerInnen von Funktionen und Mandaten
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD.

AUFRUF zum Bündnis von GRÜNEN, LINKEN und SPD zur Wahl 2013 !

ZIEL: Abwahl der Regierung von CDU/CSU - FDP,
der kapitalistischsten deutschen Regierung seit Konrad Adenauers
Erneuerung der Geld- und Boden(un)ordnung, der Grundlage des Kapitalismus

**Dieser Aufruf ist unabhängig davon, ob CDU-FDP
mit der NRW-Wahl am 9. Mai der Niederlage 2013 näher gekommen sind.**

Derzeit zieren sich die Parteispitzen (noch) dieses Bündnis einzugehen. Wie sollte aber die Regierung abgewählt werden, die es **schon im ersten Regierungsjahr** zur **höchsten Staatsverschuldung, zur höchsten Zinslast** für die Steuerzahler und damit zur **größten Klassenspaltung zwischen wenigen Superreichen und immer mehr Armen und schrumpfendem Mittelstand** gebracht hat?

Und die höchste Arbeitslosigkeit wird statistisch nur dadurch verschleiert, dass hunderttausende Minilöhner unter HARTZ-IV-Niveau, 1-EURO-Jobber und Scheinselbständige nicht mehr als arbeitslos gezählt werden. --- Seit ca. ½ Jahr hat diese Regierung in Umfragen keine Mehrheit mehr!

Gerechterweise muss gesagt werden, dass mit Beginn der *Nachfragepolitik* 1969 unter **rot-gelb** (1969-1982 *Brandt* u. *Schmidt* / FDP damals *sozialliberal*) das **Wirtschaftswunder** und die **Zeit der Vollbeschäftigung** mit 149.000 **Arbeitslosen** und nahezu ausgeglichenem Haushalt (nur ca. 120 Mrd. **Staatsschulden**) zuende ging. - Und dass von da ab alle Regierungen, ob **schwarz-gelb** (1982-1998 *Kohl* / FDP dann „*neoliberal*“) mit ihrer *Angebotspolitik*, ob **rot-grün** (1998-2005 *Schröder*) oder die große Koalition **schwarz-rot** (2005-2009) mit „*dem Mix beider Politiken*“ **am sozialen Niedergang unseres Landes beteiligt waren.**

Das hat A3W in ihrem Papier zur Wahl 2005 und in „Was nun, Herr Schröder?“ nachgewiesen.

ROT-ROT-GRÜN ist jetzt durch intensive Kontakte an der Basis vorzubereiten

AUF ALLE FÄLLE IST ZU VERHINDERN, DASS ROT-ROT-GRÜN
geld-und bodenpolitisch so unvorbereitet in eine Reformregierung hineinstolpert wie rot-grün 1998. ---- **Dann ist auch das Scheitern dieses Bündnisses programmiert!**

Die nächste Verschärfung der 40-jährigen Krise des Kapitalismus zur nächsten FINANZKRISE wird nämlich mit den Maßnahmen vorbereitet, die sie verhindern sollen. ----- Was nützen FINANZKONTROLLEN von oben, wenn sie von unten - durch Geldhortungen - unterlaufen werden.

Die Bundesbank bestätigt in ihrem Juni-Bericht 2009: 55-65% der Geldmenge werden gehortet. Und gehortetes Geld entzieht sich allen Kontrollen. ----- **Genau das ist der Zentralnerv der Wirtschaft:**

Wir brauchen ein gegen Spekulationen und Hortungen
in seinem Umlauf absolut gesichertes Geld. --
**NUR DANN KOMMT DIE NÄCHSTE FINANZKRISE NICHT,
NUR DANN IST DER KAPITALISMUS ZU ÜBERWINDEN !**

In diesem Teil I dieses Aufrufs setzen wir uns mit den Grünen auseinander, in Teil II mit der LINKEN und in Teil III mit der SPD. Seite 2 ist ein Extrablatt für den nächsten Parteitag der GRÜNEN mit Anträgen zu diesen Fragen. ----- **Dazu brauchen wir 20 Unterschriften von Mitgliedern!** **Gebt daher Antrag und Aufruf jetzt an Euch bekannte GRÜNE weiter !**

Unterstützt mit eurer Unterschrift diesen Aufruf, kopiert ihn oder fordert ihn von uns an - auch als Datei zum Ausdrucken.
Ich/wir unterstützen unterschriftlich den Aufruf für ein linkes Bündnis SPD, LINKE und GRÜNE:

	Vor-und Zuname	PLZ - Adresse	Mailadresse	Unterschrift
1				
2				
3				

An Freunde und Mitglieder der BÜNDNISGRÜNEN, auch an die von der grünen POLITIK der ROT-GRÜNEN REGIERUNG enttäuschten FreundInnen ...

Der **Aufruf zum Bündnis von GRÜNEN, LINKEN und SPD zur Wahl 2013** wird in diesem Teil I mit einer Auseinandersetzung zu GRÜNEN Aspekten erörtert. Es folgen im Herbst/Winter Texte zu LINKEN und SPD.

(Wem diese Texte nicht reichen, fordere unsere Anträge zum neuen Grundsatzprogramm 2002, zum Wahlprogramm 2009, unsere Papiere von 2006 und 2007 contra Parteivorstand, Realos und Parteilinke an. - Zusammen ca. 15 Seiten, 1,50 € plus 1,50 € Porto. - Ein Abriss der Geschichte der GRÜNEN aus liberalsozialer Sicht folgt vermutlich 2012.)

Heute stellen wir Anträge zur **P r ü f u n g** der liberalsozialen Geld- und Bodenreform auf ihre Eignung für grüne Politik in mit Gegnern und Anhängern liberalsozialer Reformen besetzten Gremien. Unsere Anträge zum Wahlprogramm 2009 wurden in den vorbereitenden Gesprächen abgelehnt, auch die Anträge, die Fleischproduktion zur Verminderung der Treibhausgase mit Ökosteuern zu belegen. Als 3.Antrag schlagen wir vor, für die Wahl 2013 schon jetzt ein **BÜNDNIS ROT-ROT-GRÜN** anzustreben.

Bitte unterschreibt die Anträge, die ihr unterstützt, durch Angabe der betreffenden Nummern.

Anträge an die BDK von BÜNDNIS 90/GRÜNE vom 11.-13. 11. 2010 in Freiburg - Die BDK möge beschließen:

1. Die Positionen der Liberalsozialen (LISOS) in der Partei sind in Arbeitskreisen zu erörtern, die mit Anhängern der LISOS und ihren Fachleuten möglichst gleichberechtigt zu besetzen sind. Ihre Vorschläge betreffen die Geld- und Bodenrechtsreform (Umlaufgeld mit zinssenkender Wirkung, allmähliche Ersetzung des Privateigentums am Boden durch gesellschaftliches Eigentum mit Vergabe von privaten wie genossenschaftlichen Nutzungsrechten - auch im Erbbaurecht - zur Verwirklichung der wesentlichen Ziele der grünen Partei.

A. Es ist zu prüfen, ob soziale Gerechtigkeit durch Überwindung der Ausbeutung der Arbeit durch den Geld- und Bodenzins herzustellen ist. Heute beträgt diese Ausbeutung ca. 500 Mrd. € jedes Jahr = fast 2 Bundeshaushalte.

B. Es ist zu prüfen, ob mit umlaufgesichertem Geld die Arbeitslosigkeit stark zu reduzieren und zusammen mit einer ökologischen Umstellung der Wirtschaft über Ökosteuern und Arbeitszeitsenkung als Reaktion auf gestiegene Arbeitsproduktivität eine Vollbeschäftigung herzustellen ist.

C. Es ist zu prüfen ob mit beiden Reformen die Spaltung der Gesellschaft in die Klassen der Zinsbezieher und Zinszahler, in Ausgebeutete und Ausbeuter und damit der Kapitalismus zu überwinden ist.

D. Es ist zu prüfen, ob mit Überwindung dieser Klassenspaltung (vgl. C) auch die heutige Verfälschung der Demokratie und ihre Wandlung in eine echte Basisdemokratie erreichbar ist, in der die großen Konzerne, Großbanken und Großeigentümer keine politische Macht mehr haben. (Sie üben sie heute schon dadurch aus, dass sie stets von der Macht des Geldstreiks, der Nichtinvestition - also der Geldhortung - Gebrauch machen können.)

E. Es ist zu prüfen, ob die im Wahlprogramm geforderten stärkeren Kontrollen der Finanzströme besser wirken, wenn das Geld selbst (als Basis des Wirtschaftskreislaufs) gegen jede Spekulation und Hortung geschützt wird (Umlaufgebühr).

F. Es ist zu prüfen, ob der vom Zinssystem ausgehende Wachstums- und Rüstungszwang mit der zinssenkenden Wirkung des Umlaufgeldes abzubauen ist und künftig das Produktionsvolumen der Wirtschaft nicht mehr nach Kapitalrentabilität, sondern nach ökologischen, sozialen und friedenspolitischen Kriterien festsetzbar wird.

2. Die Einschränkung der klimaschädlichen, Boden und pflanzliche Nahrung vergeudende Fleischproduktion durch ökologische Besteuerung ist zu prüfen, damit die Anträge dazu für das nächste Wahlprogramm nicht schon vor dem Plenum abgeblockt werden, sondern dort zur Abstimmung kommen.

3. Die Partei soll auf allen Ebenen ein künftiges Bündnis ROT-ROT-GRÜN inhaltlich so vorbereiten, dass es nicht wie ROT-GRÜN 1998-2005 an der harten Wirklichkeit des Kapitalsystems scheitert, wozu auch eine Politik nach den im Antrag 1 gestellten Vorschlägen gehört. - Oder soll CDU/FDP durch eine neue große Koalition ersetzt werden?

Als Mitglied der GRÜNEN unterstütze ich die von mir angegebenen Anträge.

Wer den Text nicht zerschneiden will, kopiere ihn bitte vorher.

Vor und Zuname	PLZ und Adresse	Mailadresse	Antrag 1, 2, 3	Kreisverband	Unterschrift
----------------	-----------------	-------------	----------------	--------------	--------------

- 1.
- 2.
- 3.

Zwar ist Antragsschluss erst im Herbst. Es wäre aber besser, ich bekäme die 20 nötigen Unterschriften schon vor der Sommerpause. Versucht auch Euren KV, OV als Antragssteller zu gewinnen. Teilt bitte mit, wer als Delegierter zur BDK kommt und dort einige der Anträge stellen will. Georg Otto, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11; alternative-dritter-weg@t-online.de. Verbreitet in Euren OV, KV, Arbeitskreisen usw. dieses und die folgenden Papiere.

Wie sieht das grüne Wahlprogramm die Regulierung der Finanzmärkte ?

Eine Vorbemerkung um Missverständnisse zu vermeiden: Die Liberalsozialen (LISOS) in den Grünen sind Menschen, denen das Liberale und das Soziale für alle Menschen am Herzen liegt. - Von grundlegender Bedeutung ist dabei ein anderes Geldsystem als das uns allen bekannte mit Euro, Dollar und Pfund, nämlich das sogenannte „Umlaufgeld“. In einem solchen Geldsystem muss jeder, der sein Geld nicht ausgibt, verschenkt oder der Bank für Kredite zur Verfügung stellt, eine „Umlaufgebühr“ an den Staat bzw. eine Behörde, wie etwa eine Zentralbank zahlen. Wird die Bank ihre Geldguthaben nicht als Kredite los, dann muss allerdings sie diese Umlaufgebühr bezahlen. Sie wird also ihre Kredite immer günstig abgeben, sehr oft ohne Zinsen, u.U. sogar mit einem „Negativzins“. - Jeder ist also angehalten, sein Geld im Umlauf zu halten, er kann es nicht ohne Verlust aufbewahren, also horten. Es kann dadurch auch nicht „von alleine“ mehr werden, den „Zinsszinseffekt“ gibt es nicht. Geldvermögen kann sich nur durch Arbeit vergrößern. - Auch in einem solchen System wird es Fleißige und Bequeme, Reiche und Arme geben.

Nun zum Grünen Wahlprogramm. Analysen und Vorschläge zu den Symptomen der „Spielhölle der Finanzjongleure“ (S. 39–42) sind im einzelnen recht gut; z.B. anstelle des jetzigen „Flickenteppichs der Finanzmarktordnung für alle Finanzprodukte“ einen „effektiven Ordnungsrahmen für die globale Wirtschaft“ zu schaffen (S. 39) - „derzeit entziehen sich 95% der Finanzgeschäfte jeder Aufsicht“ (S. 40). Auch Verbote besonders gefährlicher Finanzprodukte wie z.B. sog. „Leerverkäufe“ sind vorgesehen oder besserer Schutz der Kreditnehmer gegen Verkäufe ihres Kredits an andere Kreditgeber, das Austrocknen von Steueroasen, dringende Regeln für Rating-Agenturen, die durch falsche Bewertungen die Krise mit zu verantworten haben und Maßnahmen gegen Exzesse bei Managergehältern werden vorgeschlagen.

Diese Vorschläge werden aus liberalsozialer Sicht nicht grundsätzlich abgelehnt. Und eine glättende Wirkung auf die zahlreichen Symptome der Finanzkrise ist ihnen sicher nicht abzustreiten. Das gilt auch für eine „europäische Finanzumsatzsteuer“ als Variante der Tobinsteuer, genannt nach dem Nobelpreisträger für Wirtschaft Tobin. Auch die Begründung wird von uns geteilt, den „Finanzsektor an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen“. Was wir dabei vermissen, wird besonders bei dem Teil der Besteuerung des Devisenumsatzes zwischen Währungsräumen deutlich.

Die Tobinsteuer hatte ja ursprünglich das Ziel, die Riesenmassen der um den Erdball rotierenden Spekulationsgelder einzudämmen, weil sie einen großen Teil der Devisenumsätze zum Verlustgeschäft machen kann. Wie die Bundesbank im Juni 2009 feststellte, dass nur 10% des

von ihr ausgegebenen Geldes für die Realwirtschaft gebraucht wird, so hat einer der erfolgreichsten Finanzjongleure der Welt, George Soros, den Devisenbedarf der Realwirtschaft für Import und Export und Investitionen in anderen Ländern mit 1-2% der täglich die Erde umfloatenden Spekulationsgelder von 1-2 Bill. \$ angegeben.

Seit attac diese Frage breit diskutierte, haben die LISOS sie mit der Frage ergänzt, was dann mit diesen Geldmassen wird, wenn die Tobinsteuer greift. Wenn die Geldmassen sich auf die heimischen Geldmärkte zurückstürzen, auf denen die Kapitalrentabilität ja schon seit Jahrzehnten im Keller liegt.

Kommt es dann nicht erst recht zum GENERALSTREIK des Geldes und bricht dann der Geldkreislauf nicht erst recht zusammen mit entsprechendem Zusammenbruch der Produktion? - Ist dann eine Umlaufsicherung des Geldes nicht erst recht nötig, auch mit höherer Umlaufgebühr (mindestens zu Beginn dieser Umstellung)?

Dann wäre die allgemeine Unterlegenheit der Waren und der menschlichen Arbeitskraft (beide unterliegen einem Angebotszwang) gegenüber dem Geld (es kann und darf gehortet werden) endlich beseitigt. Die Überlegenheit des Geldes, das genau genommen unwichtiger ist als die Waren und Dienstleistungen, denn Geld kann man bekanntlich nicht essen - das wussten schon die alten Indianer.

Und dadurch würden dann beträchtliche Mengen des Überflussgeldes erst einmal – nun aber staatlich geordnet – vom Markt genommen, auch um eine saftige Inflation zu verhindern!

Die LISOS unterstützen viele der Abschnitte „Klare Kriterien für die Rettung von Unternehmen“, „Die Finanzmärkte ergrünen lassen“, „Den Bankensektor stabilisieren“ und die meisten folgenden Abschnitte im ersten Kapitel des Programms „ANDERS WIRTSCHAFTEN“ (*in den 60er – 80er Jahren war das der Titel unserer Rundbriefe*), besonders wenn Umlaufgeld die Voraussetzung dafür schafft, dass die für Energie und Umwelt, Bildung und Gesundheit und andere Bereiche nötigen Investitionen **nicht mehr den Kapitalzins für die Bereitstellung des Geldkapitals erwirtschaften müssen.**

An diesem obersten Gesetz des Kapitalismus kann demokratisch-gewaltfrei nur gerüttelt werden, wenn sich die **Oppositionsparteien in der BRD ernsthaft mit den Thesen der Liberalsozialen auseinandersetzen und sich gemeinsam für ihre Realisierung einsetzen würden.** – Dies wäre jetzt für 2013 vorzubereiten. **Und wenn also diese Bewegung selbst so erstarkt, dass sie künftig in der Politik stärker mitreden kann.**

Für welche Gesellschaft stehen die GRÜNEN, stehen die anderen Oppositionsparteien ?

In den beiden Jahren 2006 und 2007 gab es drei grüne Papiere:

- a) Vom BUNDESVORSTAND zum grünen ZUKUNFTSKONGRESS,
- b) von den REALOS „GRÜNE MARKTWIRTSCHAFT – MEHR WERT“ (*Fritz Kuhn – Bundestagsfraktion*) und
- c) von den LINKEN „GRÜNE WIRTSCHAFTSPOLITIK – MEHR ALS NUR MARKT“ (*Bärbel Höhn, Jürgen Trittin*).

Die LISOS setzten sich mit ihnen ausführlich auseinander, ohne dass eine Diskussion mit den anderen Gruppen entstand. (*Die Stellungnahmen der LISOS können gedruckt oder als Datei angefordert werden; ebenso die drei Papiere selbst.*)

An dieser Stelle kann auch der Text „**Ist die Tür jetzt offen für urgrüne Erneuerung?**“ nach dem politischen Ausstieg Joschka Fischers erwähnt werden. Er leitete 1992 mit seinem Buch „**Die LINKE**

nach dem Sozialismus“ die kapitalistische Wende vieler Linker ein – auch außerhalb der grünen Partei.

Der liberalsoziale Eindruck dazu: Keines der Papiere kritisiert den Kapitalismus im Grundsatz, alle vermitteln den Eindruck, er existiere aus grüner Sicht nicht mehr und es gehe nur noch um soziale und ökologische Korrekturen, die an dem durchzuführen sind, was als Marktwirtschaft empfunden wird.

Dabei ist das **Papier der Linken (Höhn, Trittin) insgesamt klarer und fordert stärkere staatliche Steuerungen, denn „sich selbst überlassen, sind die Marktkräfte oft Triebfeder für Umweltzerstörung, Ausbeutung und Ressourcenverschwendung“.**

Dem können die Lisos zustimmen, wenn „kapitalistische Marktkräfte“ ergänzt würde und „immer“ statt „oft“ als Triebfeder für Umweltzerstörung und Ausbeutung genannt würde. Diese evtl. als minimal erschei-

nenden Unterschiede verdeutlichen den Abmarsch der Parteilinken in Richtung Kapitalismus, wobei auf den 13 Seiten das gegenwärtige System nicht ein einziges Mal als Kapitalismus benannt wird.

Das wird auch aus der Schlussforderung deutlich, durch politische Gestaltung „mehr aus dem Markt zu machen“. **Das aus linken Federn zu lesen, schmerzt doch sehr:** Hier wird als MARKT erklärt, was ein reines System von kapitalistischen MONOPOLEN mit nur noch Resten an Markt ist. - Im Papier der Realos wird immerhin, um den Kampf für eine grüne Marktwirtschaft intensiv zu führen, gegen viert- und drittrangige, auch gegen die großen SEKUNDÄR-MONOPOLE, besonders der Energiemonopole gestritten. Aber es fehlt ein Hinweis auf die PRIMÄRMONOPOLE des Geld- und Bodenrechts. Diese führen erst zur Durchmonopolisierung der Wirtschaft und zur

Und was sagt nun das Wahlprogramm 2009, ein Jahr später?

Wir wiesen bereits darauf hin, dass alle Einzelkontrollen erst fruchten, **wenn die Gesamtgeldmenge sich nicht mehr spekulativ dem Geldumlauf entziehen kann. Das wirft die Frage auf, ob die neuen Regeln - wenn sie denn politisch zustande kommen - nicht doch durch Geldhortungen unterlaufen werden können.** Dies wird von den LISOS behauptet, und alle Krisen des herrschenden Systems haben es bisher bestätigt. So wie wir viele der aufgestellten Forderungen tragen, die mit dem von uns vorgeschlagenen UMLAUFGELD als Ergänzung wie Voraussetzung Erfolg haben können, so sagen wir „JA“ zum zweiten Hauptteil des Wirtschaftskapitels unter dem Text „**Die Zukunft finanzieren**“ (S. 50 – 58).

Aber so, wie es geschrieben steht, **ohne liberalsoziale Grundforderung eines gesicherten Geldumlaufs fehlt allen Forderungen die GRUNDLAGE, sie in einer von rein kapitalistischen Interessen nach höchstem Kapitalprofit dominierten Gesellschaft auch wirksam werden zu lassen.** Es fehlt auch der Wille, **das Gesamtsystem als kapitalistisches System beim Namen zu nennen und zu überwinden** - wie bei den Papieren 2006/07.

Immerhin: Im Programm ist es die einzige Stelle, an der eine kurze Gesamtanalyse der weltweiten kapitalistischen Ausbeutung gemacht wird: „**Heute besitzen 5 Prozent der Bevölkerung 47 Prozent aller Vermögen**“. Und es wird auch festgestellt, dass in der Zeit vor der Finanzkrise diese 5% „**große Vermögen aufgebaut haben**“ und es wird **gefordert, dass diese Kreise zur Bewältigung der Finanzkrise herangezogen werden sollen.** Es fehlt an dieser Stelle der Analyse nur noch die Erkenntnis, **dass diese großen Vermögen vorwiegend aus ZINSEZINS-GEWINNEN stammen und die Hauptmassen der monetären Spekulation von 2006 - 08 bildeten, die sich dann krisenhaft überschlug.**

Ein **weiterer Fortschritt** gegenüber den Papieren von 2006/07 ist, dass dieses unser System jetzt seit langer Zeit in grünen Papieren **wieder als Kapitalismus benannt wird, und zwar als FINANZKAPITALISMUS**, als den ihn die Liberalsozialen schon immer erkannten. **Aber eine nahezu gemeinsame Diagnose (an nur einer Stelle) ist noch keine gemeinsame Therapie. Und ohne die Grundtherapie eines geschlossenen GELDKREISLAUFES, aus dem auch nicht ein einziger der 195 Mrd. EUROS, die 2008 von der Bundesbank emittiert wurden, ohne Wertminderung ausbrechen (gehört werden) darf und es durch die geforderte UMLAUF SICHERUNG auch nicht kann, hängen vor allem die entscheidenden, an sich durchaus vernünftigen Forderungen in der Luft.**

Das wird sich bereits bei der Durchsetzung der „**zeitlich befristeten einmaligen Vermögensabgabe nach Art. 106 des Grundgesetzes**“ zeigen, mit „**der zweckgebunden die Kosten für die Bewältigung der Krise getilgt werden sollen**“. Artikel 106 GG wurde zur Finanzierung außergewöhnlicher Belastungen ins Grundgesetz aufgenommen und seine Anwendung von den GRÜNEN bereits bei

Erpressung von GELD- und BODENZINS durch GELDSTREIK und BODENSPERRE. Der an sich „gesunde marktwirtschaftliche Wettbewerb“ (den es im Kapitalismus nicht gibt) entartet unter diesen Monopolen zur Halsabschneiderkonkurrenz, zum Wirtschaftskrieg ums Überleben der jeweils Stärksten und zur Liquidierung der jeweils Schwächeren. **Und diese den Kapitalismus begründenden URMONOPOLE scheinen den FÜHRUNGSKREISEN der GRÜNEN immer noch unbekannt zu sein?** – Nach dem Stand von 2008 scheidet die Partei für einen ernsthaften Kampf gegen den Kapitalismus aus, auch ihre LINKE.

--- **Wird die Finanzkrise zur Rückbesinnung auf antikapitalistische Werte führen?**

der Finanzierung der Wiedervereinigung gefordert. Problematisch könnte dabei das „einmalig“ werden. Denn dann müssten die Gesamtkosten der FINANZKRISE auf einmal eingezogen werden und dürften genau dann den großen Schock auslösen, der zu einer ebenso schockartigen GELDHORTUNG führen dürfte, **die dann gleich am Anfang dieser Reform die MACHTFRAGE auslöst zwischen den besagten 5 % Reichen und Vermögenden, den Plutokraten, und der Staatsführung** aus SPD, LINKEN und GRÜNEN – denn nur diese Koalition würde eine solche Forderung denken und in Angriff nehmen können.

Das dürfte vor 2013 kaum der Fall sein, es sei denn die Umfragewerte für schwarz-gelb fallen vor Ablauf der Wahlperiode so drastisch, dass nur noch Neuwahlen helfen. Es bleibt aber in jedem Fall die Frage, ob die drei Parteien innerlich bereits so stark ins liberalsoziale Denken eingedrungen sein können, dass sie diesen Machtkampf eingehen wollen und es wagen **eine POLITIK DER EINFÜHRUNG eines UMLAUFGEDES zu beginnen.**

Gegenüber EZB und EU dürfte sie auch 2013 noch nicht durchsetzbar sein, deshalb müsste an einen Stufenplan gedacht werden: Erst Regionalgelder politisch unterstützen und dann auf eine Komplementärwährung (auch Zweitwährung genannt) in der BRD hinarbeiten (REGIO-GELD BRD), – auch als Lehrversuch für die EU insgesamt. Wann dann als letzte Stufe eine europaweite Umlaufwährung eingeführt wird und wann sich herausstellt, dass ein komplexes Vielfachwährungssystem ohnehin die beste Strategie und Methode zur Bewältigung aller sozialen und umweltschützenden Aufgaben ist, das wird die Zeit ergeben müssen.

Es ist also noch ein längerer Weg und die Partei der Grünen sollte ihre internen Kontakte mit ihren LISOS intensivieren und nach außerhalb starke Anstöße in diese Richtung beginnen.

Eine Schnellakzeptanz solcher liberalsozialer Ziele dürfte nicht erreichbar sein – es wird vermutlich zunächst kaum über Diskussionen hinausgehen, aber immerhin die Vorbereitung einer gemeinsamen Regierung – wann auch immer – erleichtern.

Um wenigstens die Unmöglichkeit der Beibehaltung unseres Schulden-Geldsystems deutlicher zu machen, sollte die Programmaussage (bzgl. Vermögensabgabe Art. 106 GG) der GRÜNEN berechnet werden. **Wie hoch sind die Gesamtkosten der Krise?** Vermutlich kommt eine Größenordnung von 2-4 Haushalten der BRD zusammen oder von zwei Jahres-Vermögenszuwächsen der 15% der Bevölkerung, die bei uns Jahr für Jahr ZINSGEWINNE aus Geldkapital, Sachkapital und Bodenkapital in Höhe von ca. 500 Mrd. Euro (Helmut Creutz, „Das Geldsyndrom“) aus der Arbeit des Volkes für sich als AUSBEUTUNGSGEWINNE herausholen. Dies allein für die „Leistung“, ihr GELDKAPITAL zu einem **a n g e m e s s e n e n** ZINS u. den auch unentbehrlichen Boden ebenfalls zu **a n g e m e s s e n e n** Preisen oder PACHTEN zur Verfügung zu stellen.

Erste erneute vorsichtige Hinwendungen zu einer antikapitalistischeren Politik der GRÜNEN ?

Mit dem Wahlprogramm 2009 werden wieder erste antikapitalistische Pflöcke im Programm verankert, ohne jedoch antikapitalistische Wege aufzuzeigen. Die stärkere Hinwendung zu einer Marktwirtschaft mit Kapitalismus in Reinkultur in den Papieren der ersten Oppositionsjahre nach 2005 kann durch die Koketterie mit der CDU, besonders in Realokreisen, erklärt werden.

Die vorsichtige Betonung stärkerer sozialistischer Elemente in Einzelpunkten und in der Analyse dürfte wohl unter dem Eindruck der FINANZKRISE entstanden sein, die vielen GRÜNEN gezeigt haben dürfte, dass der Kapitalismus weiterhin und immer stärker unser Leben und die Politik in der Welt bestimmt.

Das gesamte weltkapitalistische System hat sich seit Anfang der 70er Jahre immer stärker in ein Krisenbündel verfilzt – Krise der Arbeit, der Finanzen, der Klassenspaltung, der Weltwirtschaft, bes. der Entwicklungs- und Schwellenländer, der Umwelt und des Weltklimas

und des Terrorismus / Weltfriedens. Das System ist weitgehend ein auf permanentes Wachstum der Wirtschaft – auch in der Rüstung – programmiertes Ausbeutungs- und Herrschaftssystem der Wenigen über die Vielen. Es ist vor allem dem Zweck untergeordnet, so viel Profit, so viel ZINSMEHrwERT wie möglich aus den Menschen herauszuquetschen. Dabei herrscht völlige Blindheit gegenüber den GRENZEN, die die Natur dem Wachstum setzt, und es wird auch die Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschen riskiert. Das muss in wenigen Generationen zu AUSROTTUNGSKRIEGEN ums Überleben in den noch besiedelbaren Regionen der Erde führen.

Noch wird die 40-jährige Dauerkrise des Kapitalismus zu wenig erkannt oder gar als Endkrise dieses Systems begriffen! Sein KOLLAPS dürfte chaotischere Züge annehmen als der Zusammenbruch des sowjetischen Zwangssozialismus - der eher ein STAATS-KAPITALISMUS war. ---- Besser wäre es, **rechtzeitig den Übergang aus den Altssystemen in den dritten Weg** einzuschlagen.

ZWIESPÄLTIGE Haltung der GRÜNEN

Die noch zwiespältige Haltung der GRÜNEN kam auch in der Behandlung der LISO-Anträge zu diesem Wahlprogramm zum Ausdruck: Die Programmkommission setzte in der Vorbesprechung der Antragsteller – man kann schon sagen mit dem Brecheisen – durch, dass diese Anträge auf keinen Fall im Plenum behandelt wurden, zumal sie inhaltlich ja berücksichtigt seien. Und zwar in einem Antrag (auch von Parteilinken wie Sven Giegold und Christian Ströbele unterzeichnet), der von der Programmkommission zur Annahme empfohlen wurde, so

dass er dadurch bereits Teil des Wahlprogramms wurde. Da heißt es unter „SOLIDARISCHE ÖKONOMIE“ (S. 47) „...alternative Tausch-, Regionalgeld- oder Handelsnetze ... sind zu unterstützen.“ Also: Kommunal sind zinslose und mit Umlaufsicherung arbeitende regionale Netze ganz gut, zur Regulierung der Finanzkrise oder gar zur Überwindung des Kapitalismus ist so etwas wohl ungeeignet. Letzteres wollen die GRÜNEN entweder nicht mehr oder noch nicht wieder, jedenfalls steht ja nichts davon in den Papieren von 2007.

Nach wie vor werden die *GRUNDLAGEN des KAPITALISMUS von den GRÜNEN NICHT IN FRAGE GESTELLT* und nur Erscheinungsformen des Kapitalsystems angegriffen und es wird versucht, diese im Rahmen der kapitalistischen Gesamtausbeutung der Arbeit und der Natur zu regulieren.

**Deshalb muss die Aufgabe von ROT-ROT-GRÜN sein:
Heraus aus dem Kapitalismus und damit heraus aus der Finanzkrise !**

Die Opposition muss dabei verdeutlichen, dass dies in keinem Fall heißt: Hinein in einen Sozialismus, wie ihn alle noch verstehen, nämlich den real zusammengebrochenen, der war aus liberalsozialer Sicht ein Staatskapitalismus (mehr in der Herbstnummer).

Die Lösungen unserer Probleme sind nur in einem neuen, dritten System zu finden.

Unabhängig davon, ob die CDU und FDP am 9. Mai in NRW stark ins Straucheln geraten sind oder nicht: **Die wohl kapitalistischste Bundesregierung seit Konrad Adenauer kann nur abgelöst werden, wenn das die drei Oppositionsparteien spätestens nach der Bundestagswahl 2013 über eine Wählermehrheit, die sie derzeit nur in Umfragen haben, können und auch wollen.** Darum, um das Wollen, aber auch inhaltliche Können einer Linksregierung bemüht sich der **neue Verein ISM** aus Linken der drei Parteien namens „INSTITUT SOLIDARISCHE MODERNE“ und die Bürgerinitiative A3W – ALTERNATIVE DRITTER WEG, in der auch Mitglieder der Grünen aktiv sind.

In einer Reihe von Sachfragen gibt es durchaus Übereinstimmungen, zumindest Annäherungen. DIE LINKE hat derzeit die größten Schwierigkeiten sich aus der Totalopposition zu einer Koalition durchzurufen. Will sie aber ihre Wähler halten, so wollen diese auf Dauer nicht nur zündende Parolen hören, sondern sie wählen auch nach Durchsetzung von Zielen. Und das geht bei den Stärkeverhältnissen der drei untereinander nur durch Zusammenarbeit. Die SPD trägt vor allem den westlichen der LINKEN die Abspaltung der WASG und Lafontaines nach. Sie hat 2013 aber keine andere Chance die CDU-FDP abzulösen als durch dieses Dreierbündnis. Es bliebe für sie nur noch die Rückkehr zur 2009 abgewählten großen Koalition – die sich in der 2. Hälfte nur noch durchwurzelte und in deren 1. Hälfte Frau Merkel oft als bessere SPDlerin agierte als mancher Genosse. Und mit einer solchen Wahlaussage würden sowohl SPD als auch CDU an die jeweilige Konkurrenz verlieren. Die GRÜNEN sind derzeit in einer guten Position

und können sich beide Lager auswählen. Allerdings scheint sie die derzeitige Atompolitik der CDU mehr nach links zu treiben.

Für A3W und eigentlich alle Geldreformer ist zweifellos bei der jetzigen Regierung und ihren beiden Parteien am wenigsten Annäherung an ihre geld- und bodenpolitischen Ziele zu erwarten. Dennoch sollten sie bei der Werbung für diese Ziele nicht ausgeschlossen werden. A3W tat dies z. B. mit der Stellungnahme zur FINANZKRISE mit umfangreichen Papieren am 8. Oktober 2008 an alle Ministerien und die Bundestagsparteien. Antworten kamen nicht. - Diese Papiere standen in ALTERNATIVEN-DRITTER WEG Nr. 65.

Schwerpunkt der Werbung für eine neue Geld- und Bodenpolitik werden in den nächsten Jahren die drei Linksparteien sein. Wir begannen in dieser Nummer mit den GRÜNEN, einmal durch eine Auseinandersetzung mit Positionen des währungspolitischen Sprechers im EU-PARLAMENT, Sven Giegold, der auch ein Gründungsmitglied des neuen linken Vereins ISM ist. Differenzen bestehen besonders in der Frage der **Kontrolle der Finanzmärkte** von oben oder - nach A3W-Verständnis - **von oben und vor allem von unten**, von der Geldbasis her. Das gilt auch in Bezug auf das grüne Wahlprogramm.

Wir versuchen jetzt mit den FreundInnen der LISOS, den Liberalsozialen in den GRÜNEN, eine Diskussion an der Basis einzuleiten, soweit wir mit unseren geringen Finanzmitteln an die Orts- und Kreisverbände herankommen, werden uns aber auch an die Fraktionen und Parteispitzen des Bundes und der Länder wenden.

----- Georg Otto April 2010

Finanzmarktkontrolle VON OBEN oder VON UNTEN –der Geldbasis- her?

Seit die FINANZKRISE Thema Nr. 1 im öffentlichen Bewusstsein wurde – bei uns auch durch die Regierungserklärung und die Beschlüsse zu den KONJUNKTURPAKETEN seit Oktober 2008 - dreht sich die Debatte um die Kontrolle der Finanzmärkte. Regierungen neigen eher zu gemäßigten Kontrollen und sind mit internationalen Vereinbarungen kaum weiter gekommen als zu großzügigen Unterstützungen der Banken, um ihren völligen Zusammenbruch innerhalb des Kapitalismus – dann aber auch der produzierenden Wirtschaft – zu stoppen. Das soll der BRD nach neueren Medienmeldungen an die 180 Mrd. € gekostet haben, davon erheblich auf Pump. **Oppositionelle Kräfte neigen zu schärferen Kontrollen, wie sie z.B. Sven Giegold, der Europa-Abgeordnete der GRÜNEN im Ausschuss für Wirtschaft und Währung und das grüne Wahlprogramm 2009 fordern.**

Damit setzen sich die LISOS aus liberalsozialer Sicht auseinander, demnächst auch mit den Positionen der LINKE und der SPD. Die uns nahestehende pazifistische Partei BZ - BÜNDNIS ZUKUNFT setzte sich für den Zusammenbruch des Bankensystems ein, so dass vom Nullpunkt an mit den liberalsozialen Reformen an der Geldbasis und im Bodenrecht und zugleich mit der Ausschaltung des Kapitalismus selbst begonnen werden könnte, aber ohne Zusammenbruch der Produktion. Dieser würde dann vom liberalsozialen Umlaufgeld aufgefangen werden, weil es zwangsläufig Nachfrage auf den Märkten halten muss. In der GRÜNEN-Zeitschrift „Schrägstrich“ 1/2010 informiert Sven Giegold über die Absichten der EU-Kommission zur Finanzkrise (www.sven-giegold.de/facebook).

„Macht die EU nun ernst mit der Kontrolle der Finanzmärkte?“ Es besteht Übereinstimmung mit Sven Giegold, dass **„die nächste Spekulationsblase heranwächst, von billigem Zentralbankgeld gefüttert.“** Zur Wirkungslosigkeit der Diskontpolitik der EZB gibt es unseren nicht beachteten Brief vom 8. 10. 2008 an die Bundesregierung und Parlamentsparteien mit umfangreichem Anhang, die angefordert werden können.

Sven Giegold kritisiert dann den Versuch der EU zur „Regulation aller Finanzmarktakteure“, wie Hedgefonds, Privat-Equity-Fonds, Zweckgesellschaften in Steueroasen. - **Dazu will die EU drei neue Behörden schaffen:** für Banken, Versicherungs- und Wertpapieraufsicht in London, Paris und Frankfurt. Ein **„Rat für Systemrisiken“ bei der EZB** soll alles steuern. Sven Giegold sagt dazu: „Im Angesicht billionenschwerer Finanzkonglomerate wirkt diese dreigeteilte Aufsicht anachronistisch. Um sie aus einem Guss zu überwachen, wäre eine **ALLFINANZAUF SICHT** notwendig, wie etwa in Großbritannien.“

Aber Entscheidendes würde sich auch mit einer funktionierenden ALLFINANZAUF SICHT nicht ändern !

1. Dem Finanzkapital wird durch eine Allfinanzaufsicht die Hauptwaffe seiner DIKTATUR, nämlich die Geldzurückhaltung überhaupt nicht angetastet (auch GELDHORTUNG oder GELDSTREIK genannt). Es kann weiterhin Kredite und Investitionen verweigern und damit die Wirtschaft und den Staat zum Zusammenbruch bringen.

2. Geldkapital wird weiter nur bei „a n g e m e s s e n e r Bedienung“ (Schleyer) investiert und die Realwirtschaft bleibt die Reichtumsmaschine. Sie erhöht dadurch aber nicht nur den Reichtum der Reichen, sondern auch die Armut der Armen: **Täglich gehen fast eine Milliarde Euro von Arm nach Reich (www.inwo.de).** Und **dabei wird zugleich der Mittelstand zerrieben.** - Wie der Grafik in unserem Beitrag zu den Tabus in den TV-Talk-Runden dieser DRITTER-WEG-Ausgabe ergänzend zu dieser Problematik entnommen werden kann, werden in **ca. 5 Jahren die leistungslosen Bankzinserrträge die**

In der jetzigen Geld(un)ordnung, in der alle mit ihrem Geld machen können, was sie wollen, **es auch hortend der Wirtschaft entziehen können und dürfen und dadurch Wirtschaftskrisen mit Massenarbeitslosigkeit auslösen können und dürfen und durch vorangegangene, sich weiterhin exponentiell steigende ZINSES-ZINS-GEWINNE die Riesenpolster für die nächste Spekulationswelle schaffen können,** ist die „Regulation aller Finanzakteure“ durch eine ALLFINANZAUF SICHT evtl. der letzte Versuch die nächste Finanzkrise noch zu stoppen.

Da bleibt man aber bei kapitalistischer Ausbeutung und Beherrschung der Menschen durch das Geld-, Sach- und Bodenkapital und begnügt sich mit der Kümmerform an formaler Demokratie (alle 4 Jahre Kreuze auf Wahlzetteln machen). Bekanntlich sah Dr. Hans Schleyer – von der RAF brutal ermordet - die **zentrale Macht des Geldkapitals** in der **Verweigerung von Kredit bei zu niedrigem ZINS.** Als Chef des BDI (Bundesverband der dt. Industrie) studierte er den Kapitalismus nicht aus Büchern – er wußte aus täglicher Praxis wovon er sprach!

Nettolöhne und -gehälter übertreffen. Und das in einer Gesellschaft, die angeblich auf Leistung beruhen soll!

Also wird sich auch an der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital nichts ändern. (Die Graphik stammt von dem GRÜNEN-Mitgründer aus dem Kreisverband Aachen, Helmut Creutz, „Die 29 Irrtümer rund ums Geld, S. 145. Sein Standardwerk „Das Geldsyndrom“ wurde inzwischen in mehrere Sprachen übersetzt.)

3. Das Geldkapital wird weiterhin mit der Zinseszinsformel exponentiell **w a c h s e n**, und das geht nur bei mitwachsender Produktion. **Im Kapitalismus steht die Wirtschaft weiterhin unter realem – materiellem - Wachstumswang** – besonders jetzt nach zwei Jahren Krise mit Produktionsausfällen. **Die Folge dieses weiteren Wachstumswangs sind erneut starker Ressourcenverbrauch, Umweltzerstörung und weitere Angriffe auf das Weltklima. Hier ist auch der steigende**

übermäßige Fleischverbrauch zu nennen, vor dem die Welt wie bei dem Zins-Tabu die Augen verschließt. Dieser Zerstörer der Gesundheit der Völker hätte wegen der starken Aggressivität der dabei erzeugten Methangase als ein besonders gefährlicher Klimakiller längst mit einer massiven Ökosteuer gedrosselt werden müssen. - Außerdem treibt er wegen des riesigen Flächenverbrauchs für Weiden und Futtermittel hunderte Millionen in den Hunger und wegen der Zerstörung besiedelbaren Bodens zur Flucht, was in absehbarer Zeit **zu Ausrottungskriegen um die letzten besiedelbaren Regionen der Erde führen muss.**

4. Seit den 90er Jahren ist es in der Realwirtschaft immer schwerer eine für Investitionskredite ausreichende Rentabilität zu erwirtschaften. **Jährlich gehen deshalb 30.000 bis 40.000 Betriebe in den Konkurs.** So drängt das „Überflusskapital“ nicht nur immer stärker in die Finanzmärkte, sondern auch immer stärker in staatlich beeinflusste Sektoren wie **Atomindustrie und besonders**

die Rüstung, so dass incl. Militär, dessen Verwaltung und Rüstungsindustrie **über 1 Million Menschen bei uns morgen arbeitslos würden, wenn heute der Weltfrieden ausbrechen würde.** Der im Kapitalismus herrschende Wachstumszwang **betrifft daher auch die Rüstung und erschwert eine echte Friedenspolitik.**

5. Im System der Gelddiktatur verkommt die Demokratie immer mehr zur Akklamationskulisse des Kapitals (eine Erkenntnis aus der Schleyer-Aussage). Anders als dieser wurde *Vincent Cartwright Vickers*, engl. Rüstungsfabrikant und von 1911 - 1919 Gouverneur der Bank von England (der damaligen Zentrale des Weltkapitalismus), zum Gegner des Systems, dem er ein Leben lang diente. Im seinem, seiner Tochter auf dem Totenbett diktierten Buch „**Wirtschaft als Drangsal**“ entlarvte er dieses System, **das er als unvereinbar mit der Demokratie bezeichnete. Eines müsse dem anderen weichen.** - **Bisher ist es die Demokratie, die dem Finanzkapital weicht.**

Was kann also mit Kontrollen und verstärkter Aufsicht erreicht werden?

Die allerschlimmsten Auswüchse der internationalen Spekulation der letzten 20 Jahre - besonders im weltweiten Umfang der jetzigen Krise - könnten gedämpft, im günstigsten Fall verhindert werden.

Die von 1. bis 5. beschriebene **Wirkungsweise des Kapitalismus wird nirgends aufgehoben**, denn das Geld kann weiter zurückgehalten, damit jeder Kontrolle entzogen und von der Minderheit der Finanzherrschaft als Krisenerzeuger, Ausbeutungs- und Herrschaftsmittel missbraucht werden.

Und was kann nun mit einer Änderung der Geldbasis – einem ganz anderen Geldsystem - erreicht werden?

Erst wenn durch umlaufgesichertes Geld mittels einer Geldsteuer oder Umlaufgebühr die Notenbanken den Geldumlauf vollständig so beherrschen, **dass auch der letzte EURO, DOLLAR, YEN usw. so wie er durch Leistung (Arbeit) oder Sozialtransfers als Einkommen bezogen wird, als Nachfrage nach den bereits erzeugten Gütern und angebotenen Diensten – auch über Kredite – wieder ausgegeben wird, kommen die Realwirtschaften ins Gleichgewicht und können Zug um Zug von den Negativauswirkungen des Kapitalsystems befreit werden.**

Einige heutige Ökonomen, wie *Prof. Buiter*, School of Economics, London, *Prof. Mankiw*, Harvard University, nennen es NEGATIVZINS. *Prof. Bernd Senf*, Fachhochschule Wirtschaft Berlin spricht von **fließendem Geld** und der US-Notenbanker der FED, Abt. Richmond, *Marvin Goodfriend*, von **Durchhaltekosten auf Geld**. Der bedeutendste Ökonom des vorigen Jahrhunderts, *John Maynard Keynes*, nannte es 1936 **rostendes Geld**. *Irving Fisher*, damaliger Währungspapst

der USA, versprach nach gründlichem Studium des **Freigeldes** von Wörgl in Tirol (wo die Ideen des von *Silvio Gesell* um 1900 entwickelten Umlaufgeldes mit großem Erfolg 1932/33 erprobt wurden) mit einem solchen Geld die USA in drei Wochen aus ihrer Krise mit ca. 15 Millionen Arbeitslosen heraus zu holen.

GRÜNE, SOZIALE und SOZIALISTEN, CHRISTEN und LIBERALE können ihre Idealziele verwirklichen, wenn Geld bei Unterschreiten der Rentabilitätsgrenze von ca. 4 - 2 % Zins nicht mehr gehortet werden kann, sondern weiter investiert werden muss.

Dieser ANGEBOTSZWANG für GELDKAPITAL senkt den ZINSMEHrwERT marktwirtschaftlich in den Nullbereich und überwindet so den Kapitalismus. Die Volkseinkommen bestehen dann nur noch aus Arbeitslöhnen (von Mitarbeitern und Unternehmern), während die „Kapitalrentiers eines sanften Todes sterben“, weil die „GRENZLEISTUNGS-FÄHIGKEIT DES KAPITALS null wird“ (*J.M.Keynes*).

Kombiniert mit Senkung der Arbeitszeit und sinnvollen Ökosteuern wird so VOLLBESCHÄFTIGUNG erreicht

Die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital – incl. der später zu erörternden Reform des Bodenrechts – wird beendet zugunsten der Verwirklichung des alten sozialistischen Zieles eines Rechts auf den vollen, nicht mehr durch Zinsmehrwerte gekürzten Arbeitsertrages. **Der Kapitalismus wandelt sich zu einem SOZIALISMUS IN FREIHEIT ohne dass es einer Planwirtschaft und eines Staatseigentums an Produktionsmitteln**

bedarf. Beides wurde nicht von *Karl Marx* als Bedingung für eine sozialistische Wirtschaft gefordert. Nur in ihrer Frühschrift von 1847, dem Kommunistischen Manifest, forderten *Marx* und *Engels* die „Expropriation der Expropriateure“, die Enteignung der Enteigner. Seine Schüler, vor allem die russischen Marxisten, meinten, diese Forderung und die Forderung nach Staatseigentum aus der Mehrwerttheorie herauslesen zu müssen. Aber richtiger

liegt wohl Gregor Gisy, der in „**Wir brauchen einen dritten Weg**“ 1990 verkündete, dass „**Marx nie eine Theorie des Sozialismus ausgearbeitet habe**“. Tatsächlich analysierte er nur den Kapitalismus - und nicht alle seiner Thesen erwiesen sich als richtig. Leider stützten sich nicht nur die russischen Marxisten mehr auf die falschen Thesen und beachteten vor allem seine Ansichten über Geld und Zins nicht, die durchaus mit liberalsozialen Ansichten zum LIBERALSOZIALISMUS zu verbinden sind.*

* „Das Kapital“ Bd. I, 1. Abschn., 3. Kap., 2b letzter (langer) Abs.

Mit ausbeutungsfreier Arbeit werden die Hauptziele sozialer Gerechtigkeit erreicht

Das Umlaufgeld senkt den Zins in den Nullbereich. **Damit entfällt der Wachstumszwang des Kapitalismus. Damit fällt auch die Macht der großen Produktionskonzerne und sie können über ÖKOSTEUERN gezwungen werden, die gesamte Produktion ökologisch-gesundheitlich umzustellen.** Der kapitalbedingte Wachstumszwang muss heute zu allererst die Verzinsung des Kapitals aus der Produktion auf Kosten der Arbeitenden, der Gesundheit der Arbeiter und auf Kosten der Natur

Mit dem Zwang zum Wachstum in einer zinsbefreiten Wirtschaft entfällt auch der Rüstungszwang, der in einer kapitalistischen Wirtschaft, „ein unabdingbares Konjunkturstimulans ist“ (Finanzminister Matthöfer unter Bundeskanzler Willy Brandt). Eine kombinierte Konjunkturpolitik von ökol.-gesundheitlichem Umbau der Wirtschaft, verringerten Arbeitszeiten und Angebotszwang für das Geldkapital **fördert die Integration bisheriger Rüstungskräfte in eine Friedenswirtschaft und macht uns frei für eine Außenpolitik in Deutschland und Europa, die sich nicht länger den Interessen der Führungsmacht des Weltkapitalismus nach Weltherrschaft beugen und ihre strategischen Kriege mittragen muss.**

Das galt in den letzten 10 Jahren für die Balkankriege, besonders gegen Serbien und um den Kosovo, für den Krieg gegen Afghanistan und den Krieg gegen den Irak. **Das gilt für den Nahostkonflikt zwischen Arabern und Israelis, für einen evtl. Krieg um den Iran und in Mittelasien für die Schaffung eines Riegels gegen das zum dortigen Öl und Erdgas strebende China.**

In verschiedenen Aufsätzen haben wir uns grundsätzlich mit den Zusammenhängen kapitalistischer Zinswirtschaft und Kriegen auseinandergesetzt. Hier begnügen wir uns mit einem Hinweis von *G.B. Shaw*, der um 1900 für die damals führende kapitalistischste Großmacht England feststellte: **„Immer wenn der Zins auf 2% sank, brach ein Krieg aus“.** Er erklärte auch, dass die Staaten größere Mittel haben mit dem Militär in kurzer Zeit sehr viel von dem „Überflusskapital“ zu vernichten, dessen Überangebot den Zins auf Kriegsniveau von 2% senkte, als es der Privatwirtschaft in einer Wirtschaftskrise durch Geldstreik möglich wäre. Kriege sind in diesem Zusammenhang lediglich verstärkte (und oft verlängerte)

Mit Umlaufgeld sind mindestens zwei ökonomische Hauptziele zu erreichen:

1. Krisenfreie Wirtschaft ohne Arbeitslose

2. Ausbeutungsfreie Arbeit (Recht auf den vollen Arbeitsertrag),

keine Teilung des Arbeitsergebnisses zwischen den an der Produktion beteiligten Arbeitern und dem Geldkapital.*

* (In „Das Kapital“ Bd. III zählt *Marx* Unternehmensleitungen in Arbeiterbetrieben wie Unternehmer in Privatunternehmen zu den Arbeitenden.)

herausholen. Das fällt mit der Überwindung des Zinssystems weg. **Statt Wachstum für das Kapital um jeden Preis wird ein soziales und ökologisches Gleichgewicht Ziel der Politik. Erstmals kann politisch entschieden werden, welches Produktionsvolumen ökologisch, sozial, friedenspolitisch und weltpolitisch vertretbar ist (Klimapolitik und zu stoppende Verelendung der Völker).**

Wirtschaftskrisen, die den kapitalistischen Sinn haben, durch erneute Kapitalverknappung den Zins wieder hoch zu treiben.

Besonders gut ist das am 1. Weltkrieg zu studieren. Bei der damaligen Technologie der Arbeitsproduktivität dauerte es um 1900 nur noch 7 Jahre, bis soviel Kapital geschaffen wurde um die Rentabilitätsgrenze von 4 – 2% zu erreichen. Eine Krise war also fällig: 1900, 1907, 1914. Hinzu kam, dass die Goldfunde weltweit seit 1912 zurückgingen. Durch einen Außenhandelsüberschuss (*made in Germany* verdrängte *made in England*) erhielt die Reichsbank den größeren Teil der Goldfunde. So mussten Frankreich und England als erste (nach den derzeitigen ökonomischen Lehrsätzen) die Geldmengen reduzieren, was über eine Deflation bereits 1913 zu Arbeitslosigkeit führte. Das vergiftete das politische Klima zwischen den Großmächten.

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers brachte dann das Fass zum Überlaufen. Schließlich waren die Kriegsbündnisse seit Jahren geschlossen. Das Ergebnis waren viele Millionen Tote.

Dieses unser Finanzsystem ist nur durch ein GRUNDLEGENDE ANDERES GELDSYSTEM überwindbar, das nicht mehr den Interessen der Finanzaristokraten nach immer stärkerem Kapitalwachstum durch Zinseszins dient.

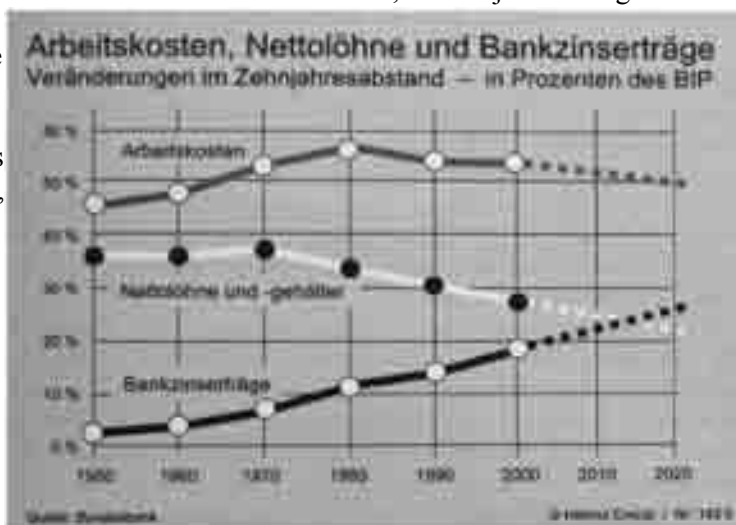
Das Finanzsystem muss den INTERESSEN DER MENSCHEN nach ungestörter und selbstbestimmter Arbeit ohne Ausbeutung und ohne Beherrschung durch Kapitalverhältnisse in einer NICHT VERFÄLSCHTEN DEMOKRATIE und mit einer SICHEREN FRIEDENSORDNUNG dienen.

Georg Otto – April 2010

Geld und Zins in linken Polit-Runden und in TV-Talks weiter tabu ?

Fragen der Geldordnung und ihrer Auswirkungen auf die soziale und konjunkturelle Lage in Deutschland werden weitgehend ausgeklammert – sind Grundsatzfragen bei uns doch tabu – denn „kein Politiker traut sich an grundsätzliche Änderungen heran!“ (ein Teilnehmer der Runde bei Anne Will am 28.2.2010)

In mehreren Diskussionen in Februar und März ging es um diese im Hintergrund stehenden Fragen, die nicht nur in Veranstaltungen für den Normalbürger, in denen es um die mehr oder weniger dümmlichen Westerwelle-Reden ging, ausgeklammert wurden. - Auch in der eher von der linken politischen Klasse (ca. 300 Leute) besuchten Vorstellung des neuen Buches von Prof. Elmar Altvater über die Verortung politischer Utopien am 23. 2. in der Berliner Urania fielen diese Fragen unter den Tisch. Bernhard Krätzig, Berlin und Sarstedt, berichtete beim Hildesheimer DRITTE-WEG-Treffen am 25. 2. darüber. Er konnte das im Saal kreisende Mikrophon für einige Zeit „besetzen“ und intensiv die Rolle der Geldpolitik bei der Finanzkrise und zur sozialen wie konjunkturellen Lage die Möglichkeiten des dritten Weges ansprechen. Altvater ging nur oberflächlich darauf ein. - Am 18. 2. ging es in einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin um die Vorstellung eines von Linken in der LINKEN, von Linken in den GRÜNEN und von Linken in der SPD gerade gegründeten „Institut Solidarische Moderne“, das eine „linke Politik“ nach der Ablösung von schwarz-gelb ausloten soll. Ich wollte zwar in Berlin, konnte jedoch wegen einer Familienfeier die Tagung leider nicht besuchen. Die Redner der Vorstellungsrunde lassen erahnen, dass die von der Bundesbank festgestellte massive Geldhortung vermutlich nicht behandelt und somit auch keine monetären Lösungen aufgezeigt wurden. Dass Prof. Rudolf Hickel (Uni Bremen) darauf nicht einging, dürfte sich mit seiner Ausklammerung dieses Tatbestandes in der Talk-Runde von Radio Bremen am 26. 2. decken. Wie der EU-Abgeordnete der GRÜNEN, Sven Giegold, bekannt von seinen Aktivitäten bei a t t a c, derzeit diese Frage beurteilt, lässt sich in etwa an meiner Stellungnahme zu einem Aufsatz von ihm über die Währungspolitik der EU und der Wirtschaftspolitik der GRÜNEN erahnen. Sie soll Auftakt für eine umfangreichere Debatte werden und ist in dieser Nummer von „DRITTER WEG“ als Beitrag für ein links-linkes-grünes Bündnis und auch als Beitrag für das Institut Solidarische Moderne gedacht.



In der erwähnten Hildesheimer Runde informierte Bernhard Krätzig, dass Helmut Creutz in seinem Buch „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“ (2005, S.145) darstellt, wie sich die Entwicklung der Nettolöhne und der Bankzinsverträge in 10 Jahren, also etwa um 2015 überschneiden werden (vgl. Graphik). „Das heißt, in einer Gesellschaft, die auf Leistung aufbaut, dominieren die leistungslosen Einkommen! Wie lange eine solche Entwicklung in einer Demokratie möglich sein wird, ist eine andere Frage“, so Helmut Creutz. Diese hier schon erkennbare quasi Umverteilung von Löhnen nach Zinseinkommen sollte doch auch linken Ökonomen zu denken geben. Der Zins spielt eine sehr kritikbedürftige Rolle in der Wirtschaft und muss sich auf die Gesellschaft auswirken.

In der Talk-Runde von Radio Bremen am 27. 2.

ging es auch um Guido Westerwelles Sprüche. Dazu waren Politiker, Wissenschaftler und Wirtschaftler eingeladen. Der schon aus der DDR als Schauspieler und Kabarettist bekannte Wolfgang Stumph und der Filmemacher Nico Hofmann, mittlere Generation, nach eigenem Bekenntnis „Erstwähler der FDP“, mischten sich ein.

Die Vizepräsidentin des EU-Parlaments Silvana Koch-Mehrin verteidigte Guido Westerwelle. Ihm gehe es um Anreize für Arbeitsaufnahmen. Nur wurde nicht klar, was die FDP dazu vorschlägt. Frau Koch-Mehrin wurde von Rudolf Hickel, dem „linksten Ökonom“- so wurde er vorgestellt – zugesetzt. Er verortete die von G. Westerwelle bei arbeitsunwilligen Hartz-IV-Leuten entdeckte „spätromische Dekadenz“ bei den Superreichen, die ohne eigene Arbeit von ihren Ausbeutungsvermögen leben. Er fragte, wo die FDP angesichts von 1,3 Mill. Aufstockern unter den 6,5 Mill. Hartz-IV-EmpfängerInnen Anreize für Arbeitsaufnahmen sehe? (Aufstocker

verdienen durch Arbeit so wenig, dass der Staat ihren Lohn auf HARTZ-IV-Beträge „aufstockt“, d. Autor). Auch bei den übrigen ca. 6 Mill. Niedrigverdienern sinken die Reallöhne immer stärker in Richtung Existenzminimum. Auch ein Arbeitsanreiz, wo doch die FDP will, dass sich Arbeit wieder lohne? Prof. Hickel forderte gegen diesen Trend gesetzliche Mindestlöhne.

NIEDRIGSTLÖHNE: Der Unternehmer Laufer sah aus seiner Praxissicht die Notwendigkeit mit der Gewerkschaft vereinbarte Löhne zu zahlen, wenn er vor allem die Facharbeiter halten will, ohne die er nicht produzieren kann. Schade, dass er nichts zu den Zinsen sagte, die er für notwendige Kredite zahlen muss, was ja jedes Jahr um die 40.000 Betriebe nicht schaffen, sondern an den Zinsforderungen zerbrechen. Wären diese nicht (d. Autor), so ließen sich höhere Löhne aufbringen und für viele auch existenzsichernde Unternehmerlöhne. Das war auch kein Thema für Rudolf Hickel, der um die

Geldfrage einen ebenso großen Bogen machte, wie sein linker Kollege *Prof. Altwater* (s.o.).

Am 5. 12. 09 veranstaltete die *Landes-AG Wirtschaft der LINKEN in Hannover* eine Diskussion zwischen dem Geldreformer *Prof. Dirk Löhr* und dem linken Bundestagler *Prof. Herbert Schui*, der ebenfalls der Geldfrage aus dem Wege ging. Offensichtlich können Marxisten mit einer alternativen Geldpolitik noch nicht viel anfangen. Dabei leistete *Marx* neben der Mehrwerttheorie **bedeutende Ansätze einer monetären Analyse des Kapitalismus** – gleichzeitig mit den monetären Analysen *Pierre Proudhons* und 30-40 Jahre vor der monetären Er-

klärung des Kapitalismus durch *Silvio Gesell*. Es war besonders die Mehrwerttheorie, die die russischen Genossen verführte, **den Sozialismus in der Verstaatlichung der Produktionsmittel zu sehen, wobei sie unüberlegt das kapitalistische Zinsgeld mit in die staatliche Planwirtschaft hineinnahmen und so die Grundlagen für den Staatskapitalismus des Sowjetsystems legten**. Das haben die Westmarxisten nicht einmal nach dessen Kollaps mitbekommen und eine ganze Reihe von ihnen hängt noch heute dem Produktionssozialismus an, statt die **marxsche Zirkulationstheorie** für die heutige Politik zu nutzen.

Ähnlich verlief die Politrunde bei Anne Will am 28. 2.

Ausgangspunkt war auch hier Westerwelles Verteufelung der am tiefsten in der 40-jährigen Krise des Kapitalismus Abgestürzten, der Hartz-IV-EmpfängerInnen. Natürlich betonte *Brigitte Homburger, Fraktionärin der FDP im Bundestag*, dass es nicht darum gehe, die HARTZ-IV-Regelsätze zu kürzen: Aber es sei aus dem Urteil des BVG nicht zu folgern, dass neben den Sätzen für Kinder auch die für Erwachsene zu erhöhen seien. Dann würde ja der Abstand zu den (nächst niedrigen; d.Autor) Löhnen reduziert werden (d.h. noch weniger Anreiz zu arbeiten da sein; d. Autor). Außerdem müsse an die gedacht werden, die die Unterstützungsmittel als Mittelstand und untere Steuerzahler erarbeiten.

FAKTEN FEHLEN: Hier wäre eine Fakteninformation hilfreich gewesen, dass die wenigen Reichen 5% der Bürger ausmachen, denen aber 47 % aller Vermögen gehören: Folglich müssen sich 95% der Bürger in 53% der Vermögen teilen (grünes Wahlprogramm S. 51). Noch plastischer sagen absolute Zahlen etwas über die soziale Lage aus. Die Kapitalerträge der verzinslichen Vermögen von 13,5 Bill. DM brachten 1997 bei damals angemessenem Zins von 7% den Anlegern 945 Mrd. DM brutto. Abzüglich einer Bankmarge von 145 Mrd. blieb ein Nettozins von 800 Mrd. DM als Einkommen aus Geld-, Sach- und Bodenkapital für die Superreichen und Westerwelles obere Besserverdiener. Die rechts stehende Tabelle aus dem „**Geldsyndrom**“ von *Helmut Creutz* zeigt die **Zweiteilung der Gesellschaft**:

Die Gruppen 1 bis 8, also **80 % der Haushalte zahlen mehr Zinsen als sie einnehmen und 20 % kassieren mehr, die Gruppe 10 fast alles (41.100)! (Gruppe 9 kommt gerade noch davon.) - Die MASSE ERARBEITET die KASSE der WENIGEN LEISTUNGSLOSEN ZINSBEZIEHER, der besonders Reichen!**

Der Autor gehört zu den unteren Besserverdienern, was zwar für ein jetzt schuldenfreies Haus reichte, aber nicht zur Teilhabe an diesem ständig sprudelnden Zinsstrom zu den oberen 10-15% Nutznießern des Zinskapitalismus. Alle anderen ca. 80 % müssen diesen Zinsstrom von arm zu reich aus ihrer Arbeit durch verkürzte Löhne, **bei jedem Kauf durch 30-40% Zinsanteile in den Preisen** (Zinskosten der Unternehmen) und über Steuern für die Staatsschulden und durch herabgesetzte Sozialleistungen aufbringen. Die Tabellenwerte von *Helmut Creutz* aus seinem „**Geldsyndrom**“ zeigen, wie stark die Vielen in der BRD von den Wenigen ausgebeutet werden. Heute dürfte

der Zinsanteil noch gestiegen sein. **Da diese – praktisch unbekannt und tabuisierten - Fakten in der Runde fehlten, drehte sich vieles im Kreise und es konnte keine Lösung der Probleme aus der Runde herauskommen.**

Haushaltsgruppe	Zinsbeträge je Haushalt (DM, 1990)		
	Saldo	Ertrag	Last
1	-2.400	700	3.100
2	-4.200	900	5.100
3	-6.300	1.400	7.700
4	-6.400	1.800	8.200
5	-6.600	3.300	9.900
6	-7.000	4.600	11.600
7	-5.400	7.700	13.100
8	-4.600	12.200	16.800
9	+1.800	24.700	22.900
10	+41.100	79.400	38.300

Zinserträge und -belastungen der Bevölkerung in 10 gleichgroßen Haushaltsgruppen nach Höhe des Nettoeinkommens geordnet – Beträge im Jahr (nach *Helmut Creutz* „Das Geldsyndrom“, S. 387)

(Nochmal zur Verdeutlichung: Die Zinslast stammt im Wesentlichen aus den Preisen von Waren und Dienstleistungen: **Auch wer keine Schulden hat, zahlt Zinsen!**)

OBERFLÄCHLICH – nicht nachgedacht: Frau *Homburger* versuchte zu punkten, dass doch die neue Regierung ab 1.1.2010 die Steuerzahler um 21 Mrd. entlasten würde, und dass ab 2011 weitere Entlastungen von ca. 24 Mrd. jährlich anstehen. Sie sagte aber nicht, dass dafür bereits im Haushalt 2010 ca. 50 – 80 Mrd. neue Schulden eingeplant sind und bis 2013 mit neuen Schulden von ca. 230 Mrd. zu rechnen ist. Sie sagte auch nicht, dass ein Großteil der Bürger keinen Cent von diesen Entlastungen bekommt: ca. 6,5 Mill Hartz-IV-Empfänger, ca. 6-8 Mill. steuerfreie Niedriglöhner, ca. 5 Mill. Kleinst- und Niedrigrentner und alle Kinder und Jugendlichen sowie Familienangehörige dieser Gruppen. Ich schätze 40 Mill. von ca. 82 Millionen Deutschen.

Bei den genannten Besserverdienenden entstand damals (1997) wie bei den jetzigen Steuerplänen der FDP das Problem: **Wohin mit dem Geld, wo bringt es den höheren Vermögenszuwachs? ----** Angesichts der damals wie heute äußerst geringen bis unrentablen Renditen in vielen Bereichen der Zivilwirtschaft gingen

hohe Summen in die schon stark geschwellenen Spekulationskassen, die dann die jetzige Finanzkrise mit auslösten. Dabei waren und sind – wie das immer der Fall ist - **die informierten und größeren Spekulanten die Gewinner und die kleineren und meist schlecht beratenen, die eigentlichen Angstsparrer, die Verlierer.** Und es gibt Leute mit besseren Informationen, die heute schon darauf hinweisen, dass durch die politischen Fehler der Regierenden weltweit die Finanzblasen für den nächsten Crash vorbereitet werden, auch durch diese geplanten neuen Steuerentlastungen für die Besserverdiener.

POLITIK OHNE VERTRAUEN ! Die Debatte ließ erkennen, dass Teilnehmer außerhalb des politischen Establishments kein Vertrauen mehr zu den politisch Handelnden haben. Der *Schriftsteller und Philosoph Richard David Precht* sprach mehrfach bürgerschaftliches

AUSWEG AUS DER KRISE:

Damit kam die Runde gegen Ende der Debatte von Westerwelle weg zu den **eigentlichen Problemen unserer Gesellschaft, zu den Fragen nach einem Ausweg.** Prof. *Arnulf Baring* forderte die **Aufarbeitung der Finanzkrise, in die wir hineingestolpert sind.** Dazu kann die von ihm vertretene „**Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft**“ durch offene Debatten mit den Vertretern der **DRITTE-WEG-Bewegung** beitragen, in der es **KEIN TABU in der Geld- und Zinsfrage geben sollte.** Im nicht beantworteten „**Brief an Regierung und Bundestagsparteien**“ vom 6. Oktober 2008 hat die Bürgerinitiative A3W – **ALTERNATIVE DRITTER WEG** zusammen mit ihrer Analyse der nun 40-jährigen Krise des Kapitalsystems in der „**LIBERALSOZIALE ERKLÄRUNG zur BUNDESTAGSWAHL 2005**“ **Möglichkeiten aufgezeigt. Hierin wurden** in Diagnose und Therapie des **bereits zusammengebrochenen Staatskapitalismus** und zum **zusammenbrechenden Privatkapitalismus** Wege aufgezeigt.

Das Sowjet-System war so wenig **SOZIALISMUS**, wie der **PRIVATKAPITALISMUS** nie **Marktwirtschaft** und erst recht nicht **soziale Marktwirtschaft** war und ist. Der **LIBERALSOZIALE DRITTE WEG** ist die **Synthese der Freiheitsziele von Liberalismus und Gerechtigkeit, von wahren Sozialismus und Humanismus.**

Solange diese Fragen und eine Reihe anderer wie nach einem **ökologisch-sozialen Bodenrecht einschließlich einer Internationalisierung der Weltrohstoffe und einer neuen Steuerordnung - die nicht mehr die Arbeit, sondern den Naturverbrauch besteuert - weiter gesellschaftlich tabuisiert werden, werden wir weiter von Krise zu Krise stolpern und uns immer stärker in die Endkrise des Kapitalsystems hineinsteigern.**

Dieses System wird seinen Weg zu einem wesentlich chaotischeren Kollaps weitergehen; chaotischer als es der Zusammenbruch des Staatskapitalismus als Rückkehr in die Arme des ursprünglichen Privatkapitalismus war. Es kann seinen Untergang lediglich verzögern. Es kann sich alle Intelligenzen dieser Welt kaufen, die seinen Exodus mit immer neuen Tricks – Innovationen nennt man das

Engagement an, das dem überforderten Staat Funktionen abnehmen soll, besonders dort, wo Menschen sich nicht mehr selbst helfen können. Er kritisierte, dass **von den Menschen am unteren Rand der Gesellschaft - die z. B. als Langzeitarbeitslose diesen Status schon an ihre Kinder vererben - Qualitäten und Werte verlangt werden, die bis ganz oben kaum noch gültig sind.** „**Wir leben doch in einer Abzockergesellschaft, in der alle versuchen möglichst viel für sich herauszuholen und von anderen bezahlen zu lassen – auch von den Sozialsystemen**“. Warum sollen ausgerechnet Hartz-IV-Menschen die besseren Menschen sein, die die Gesamtgesellschaft nicht mehr hervorbringt?“ Der *Journalist H. U. Jörges*, der die Westerwelle-Äußerungen im Zusammenhang mit den fallenden Umfragewerten der FDP als Panikreflex referierte, fragte: „**Wo ist der Beitrag der Banken zu den Schäden, die sie angerichtet haben?**“

hochgestochen - wieder für ein bis zwei Jahrzehnte verzögern, **es dabei immer tiefer in ein unauflösbares Knäuel von sich verschlingenden Teilkrisen führen wird. In diesem System ist alles von allem abhängig, besonders von den Naturgrundlagen des Lebens, dem Boden, und den von den Menschen selbst geschaffenen Grundlagen des wirtschaftlichen Miteinanders, dem Geldkreislauf.**

„ROSTENDES GELD“ und KEYNES – grundlegende Änderungen

Wenn *Richard David Precht* in einer Art Schlusswort anklagend feststellt: „**Es traut sich kein Politiker zu grundsätzlichen Änderungen**“, dann liegt das daran, dass jeder Versuch, die Grundlagen des Kapitalismus zu erkennen und zu ändern, das **System selbst in die Gefahr der Auflösung bringt. --- Unausgesprochen scheinen sich alle politischen Farben einig zu sein, daran nicht zu rühren!!! --- Haben alle Angst davor, dass dabei die Lösungen gefunden werden könnten, die den Kapitalismus mit seinen Repräsentanten, den „Kapitalrentiers“, eines „sanften Todes sterben“ lassen???** --- So urteilte *J. Maynard Keynes*, einer der bedeutendsten Ökonomen des vorigen Jahrhunderts, in „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Geldes und des Zinses“ (1936) bei seiner Erforschung der ersten Weltwirtschaftskrise. Dabei entdeckte er, dass „**rostende Banknoten**“, die angeboten werden müssen **um dem „Rostverlust“ zu entgehen**, zu einem so großen Kapitalangebot führen **m ü s s e n**, dass die „**Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals null wird**“. Das bedeutet, dass unter dem Druck des Kapitalangebots der Zins in Richtung null sinkt und das Volkseinkommen (VE) nur noch aus eigener Arbeit entsteht. --- Der bisherige Anteil „Einkommen aus Vermögen“, die Quelle des Reichtums der heutigen Finanzaristokratie und z.T. der Besserverdiener mit z.B. Jahreseinkommen zwischen 500.000 und 1 Mill. Euro und mehr, würde dann versiegen. -- Der Kapitalismus trocknet dann sanft aus und die „**eines sanften Todes sterbenden Rentiers**“ werden als mit allen anderen Menschen Gleichberechtigte neu geboren. **Damit stirbt auch die Macht des Kapitals alle und alles von**

sich abhängig zu machen und die letzten Winkel der Erde zu kapitalisieren. Der vor 33 Jahren von der RAF brutal ermordete *Präsident des BDI* (Bundesverband der Deutschen Industrie), *Dr. Martin Schleyer*, drückte die Geldherrschaft, die Plutokratie des auf der Vormacht des Geldes vor der Arbeit beruhenden Systems in zwei Teilsätzen aus:

GELDKAPITAL MUSS ANGEMESSEN BEDIENT WERDEN --- SONST STELLT ES SICH DER WIRTSCHAFT NICHT ZUR VERFÜGUNG.

Das Diktat des Kapitals stellt sich also sehr einfach dar:
Kein Zins - kein Kapital / kein Kapital - keine Arbeit.

Während große Kapitalbesitzer es sehr lange aushalten Geldkapital ohne Zinsgewinn zu horten, müssen sich Unternehmer und Arbeiter schnell dem Zinsdiktat unterwerfen. In dieser Priorität des Geldes vor der Arbeit liegt nicht **nur die Ausbeutung der Arbeit begründet** – sondern auch das **Auf und Ab von Konjunkturen und Krisen.**

Dauerte es im 19. Jhdt. noch 10 Jahre, bis durch Arbeit so viel Kapital gebildet wurde, dass der Zins auf die Rentabilitätsgrenze von 4 -2 % fiel, so verkürzten sich um 1900 durch die technisch gesteigerte Arbeitsproduktivität die Konjunkturen auf 7 Jahre, nach dem 2. Weltkrieg auf ca. 4 Jahre und seit etwa 1970 befindet sich der Kapitalismus in einer Dauerkrise, in der es zwar kurze Intervalle von Aufschwung und Abschwung gibt, jedoch immer tiefer in die Krise hinein. Daran änderte auch die Manipulation der Arbeitslosenzahl, bes. unter schwarz-rot nichts und auch nicht das Ausklammern der Ein-Euro-Jobber und Scheinselbständigen aus dieser Statistik. **Der Kapitalismus erstickt immer stärker an der Kapitalüberproduktion, die den Zins dauerhaft unter die Rentabilitätsgrenze in Richtung null treiben würde, wenn die Geldhortung unterbunden würde. Sie beträgt nach dem Bundesbankbericht (6/2009) 55-65 % der von ihr ausgegebenen Geldmenge.** Damit wird auch die verhängnisvolle Rolle der Geldhortung für die Überspekulation vor und in der Finanzkrise bestätigt.

DIE LÖSUNG – sie ist nicht neu !

Keynes bestätigte mit dem Vorschlag **rostenden Geldes** seinen Vordenker *Silvio Gesell*, der den Begriff „**Freigeld**“ für sein **Umlaufgeld** benutzte. Historisch war Diogenes der erste Theoretiker eines Geldes mit Umlaufsicherung. Er erlernte den Spätkapitalismus Athens als Lehrling in der Bank seines Vaters, lehrte ihn an der Akademie von Athen **und schlug gegen die Gebrechen des Systems rostendes Geld aus dünnen Eisenblättchen vor statt des hortbaren Geldes aus Gold oder Silber.** Dünnnes Eisengeld konnte wegen des Rostens nur kurz gehortet werden. Je mehr Rost, desto höher der Wertabschlag, der Verlust des Geldhorters. **Im Mittelalter führte Erzbischof Wichmann von Magdeburg um 1150 eine Geldsteuer ein, den sogenannten „Schlagschatz“ mit 25 % bei zweimaligem Umprägen des Geldes im Jahr.**



Wichmann-Brakteat

So wurde das Geld als **BRAKTEAT** immer dünner, so dass er auch gebrochen werden konnte (breken = brechen, daher der Name). Er setzte sich in einer Generation nördlich der Alpen durch und finanzierte die Blütezeit der Hanse und die Hochkultur der Gotik bei hohem Wohlstand der Bürger, Bauern und auch der Tagelöhner, die ihren Grundherren ausrissen („Stadtluft macht frei“). **Mit der Rückkehr zum „ewigen Pfennig“ ab 1450, der wieder gehortet werden konnte, wurden die Grundlagen des modernen Kapitalismus geschaffen, der uns nicht nur in das Zeitalter der Krisen, sondern auch der Kriege um die Rohstoffe – auch um die Geldrohstoffe Gold und Silber führte, heute um das Öl.** Der *Religionsphilosoph Dr. Racek*, Wien, nannte in seiner „**Befreiungsphilosophie des Geldes**“ **das Zeitalter der Brakteaten den DRITTEN WEG zwischen Feudalismus und Kapitalismus.**

In der 1. Weltwirtschaftskrise bewiesen die erfolgreichen Freigeldversuche von Schwanenkirchen/Bayern und Wörgl/Tirol **die Funktionsfähigkeit umlaufgesicherten Geldes, mit dem dort Konjunkturinseln mitten in der Krise geschaffen wurden. Auf ganz Deutschland und Österreich ausgedehnt, hätte Hitler noch gestoppt werden können.** Beide Versuche wurden juristisch und politisch abgewürgt, ohne dass die Regierungen Auswege anbieten konnten. **Das Großkapital nahm lieber Hitler mit seinem Kriegsprogramm und den erhofften riesigen Kriegsgewinnen auf Kosten von Millionen Kriegstoten in Kauf, als ein Umlaufgeld zu denken und einzuführen, das zum sanften Tod des Kapitalismus geführt hätte.**

Mit einem solchen Geld hätten die heutigen Regierungen der Welt 2008-2009 nicht vor dem Kapital und den Banken zu Kreuze kriechen und ihnen hunderte Milliarden nachwerfen müssen, die diese keineswegs zur Erneuerung der Konjunktur einsetzten, sondern mit denen sie neue Finanzblasen für die nächste Krisenverschärfung gebildet haben. Mit einem solchen Geld könnten die Banken und die Finanzaristokratie leichter nachträglich gezwungen werden für die Schäden aufzukommen, die sie mit Ihren Spekulationen anrichteten, wie es der *Journalist H.U. Joerges* in der Schlussdebatte bei Anne Will forderte. Wenn sich die Politiker nicht trauen grundsätzlich neue Wege zu gehen, wie wäre es, wenn die parteifreien Leute aus der Runde damit beginnen würden, die Grundsätze des DRITTEN WEGES kritisch durchzuprüfen und heraus zu finden, was da dran ist.

Doch dazu müsste Anne Will uns mit diesen bekannt machen. Gut wäre es auch, Dritte-Weg-Ökonomen wie den Geldanalytiker *Helmut Creutz* (Aachen), *Prof. Bernd Senf* (Berlin), *Prof. Thomas Huth* (Lüneburg), *Prof. Dirk Löhr* (Trier) und Vertreter der Bürgerinitiative A3W – ALTERNATIVE DRITTER WEG in die nächsten Runden zu holen.

Georg Otto, März 2010

„Zu Geld und Ökonomie“

Simon Bichlmaier, 40-jähriger Bankkaufmann und Erzieher, hat auf den 552 Seiten seines Buches „Zu Geld und Ökonomie“ eine Menge von Fakten und Thesen zu politisch-ökonomisch interessanten Themen wie Euro, Dollar, Leitwährung, Iranische Öl Börse, Volkswirtschaftslehre, Globalisierung, Kapitalismus, Marktwirtschaft, Finanzkrise, Zins, „offizielle“ und wahre Inflation, Fair-Trade, Freiwirtschaftslehre u.v.m. mit dem Untertitel

- Von der Erstellung eines diskutierbaren Ganzen -

dargestellt, denen wir eine breite Diskussion wünschen. Sie bringt frischen Wind in die allzu trockene ökonomische Theorie der oben auch genannten „Freiwirtschaftslehre“. Diese Wortwahl kann leicht in die Irre führen. Sie kann die Lehren Gesells, die damit bezeichnet werden, als total freie Wirtschaft eines hemmungslosen Kapitalismus vermuten lassen, der mit diesen Lehren ja gerade überwunden werden soll.

Dieser Begriff sollte durch andere Begriffe, wie sie der Autor auch verwendet, ersetzt werden. Mit freundlicher Genehmigung von Verlag und Autor veröffentlichen wir seine Auseinandersetzung mit dem „Schein-Dritte-Weg“ und stellen sie gern zur Diskussion.

Der „Schein-Dritte-Weg“: Die soziale Marktwirtschaft

Mag man doch mit einigem Recht behaupten können, der Kapitalismus sei jenes Wirtschaftssystem, in dem Menschen andere Menschen ausbeuten würden, und mag man auch noch die Feststellung machen, dass dies im Sozialismus exakt umgekehrt der Fall sei ...¹

... so benötigt die Welt endlich eine wirkliche Alternative zur Ausbeutung Anderer, einen wahren „Dritten Weg“

Da die heute Geldsystem-immanenten Umverteilungsmechanismen und hierauf antwortende, monetär-ursächlich argumentierende, Ansätze tabuisiert bleiben, geschieht es immer wieder, dass unsere viel gerühmte „Soziale Marktwirtschaft“, obwohl sie seit langem schon immer offensichtlicher dem „Raubtierkapitalismus“ weichen muss, als dieser oft zitierte „Dritte Weg“ instrumentalisiert wird.²

Diese solle ein Zwischending zwischen einem rücksichtslosen Turbokapitalismus und dem Kommunismus darstellen. Man sollte aber bedenken, dass die „Soziale Marktwirtschaft“ aufgrund der systembedingten unaufhörlich fortschreitenden Kapitalumverteilung nur ein vorübergehendes „Reservat“ innerhalb des Kapitalismus darstellen konnte. Die Ausgestaltung des Kapitalismus als „Soziale Marktwirtschaft“ war nur bei geringer Gesamtverschuldung im Anfangsstadium praktikabel und musste bald den Interessen und Zwängen der Kapitalvermehrung bei einigen Wenigen weichen. Sie kann dann nur immer wieder „nostalgisch“ gefordert werden, wird aber unter den gegebenen Umständen leider nie mehr erreichbar werden. Alles Geld, das in bestehende und künftige Zinslasten fließt oder nach oben umverteilt wird, steht nicht mehr für soziale Zwecke zur Verfügung. Solange eine zwangsläufig auseinandergelungene Arm-Reich-Schere im Geldwesen und Bodenrecht begründet bleibt, ist kein wirklicher „Dritter Weg“ zu erreichen.

„Dieser Sozialstaat war wohl, und darin liegt sein Ende begründet, nur in den goldenen Jahrzehnten des Wirtschaftswunders finanzierbar“, sagt z.B. der Chefredakteur der „WirtschaftsWoche“, Roland Tichy. Freilich ohne jemals die dies bestimmende Wirkungsweise des „Phänomen Geld“ (den wirtschaftlichen Wachstumszwang) zu thematisieren, jemals die nun folgenden Lösungsvorschläge zu erwähnen oder gar einem Ökonomen ein Forum (z.B. ein Streitgespräch mit einem „Wirtschaftsweisen“) zu bieten, der diese Alternative in seine Argumentation integriert:

„Einen dritten Weg gibt es nicht“³, sagt Roland Tichy; und jenes, was manche dafür halten wollen, wird er nicht zur Kenntnis nehmen oder gar darüber berichten, möchte man noch hinzufügen.

Die „Soziale Marktwirtschaft“ ist leider nicht mehr als eine soziale „Spielart“ des Kapitalismus, gewissermaßen

¹ Abgewandelt nach Hörisch, „Es gibt (k)ein richtiges Leben im falschen“, S. 30

² so z.B. Angela Merkel in Davos am 30.01.2009

³ WirtschaftsWoche, 16.6.2008, S. 5

eine vorübergehend praktikable menschenfreundlichere Variante. Diese konnte sich in Mitteleuropa aber auch nur deshalb in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts so wohltuend etablieren, da der Kommunismus als lockendes Alternativsystem direkt hinter der deutsch/deutschen Grenze um unsere ideologische Gunst warb.

Der vielfach propagierte „Dritte Weg“ einer sozialen, aber dennoch kapitalistischen, Marktwirtschaft ist kein dauerhafter Idealweg, sondern ein Wunschtraum, der mit der Zeit „verblassen“ und dann aufgrund der dem heutigen Geldwesen innewohnenden unverteilenden Wirkungen leider wieder verschwinden muss. Auf die Frage hin, wie der Sozialstaat erhalten bleiben könnte, wird unisono ausschließlich mit einem Mehr an Wirtschaftswachstum geantwortet. Die Frage aber, warum der Sozialstaat trotz jahrzehntelang erreichten statistischen Wachstums immer mehr in Bedrängnis kommt, wird kaum oder nicht gestellt. Dabei geht mit vermehrtem Wirtschaftswachstum wiederum unvermeidlich eine forcierte Umverteilung der Werte nach oben Hand in Hand. Die „Lösung“ Wirtschaftswachstum ist somit, langfristig betrachtet, ein längst überführter Holzweg. Immer weiteres Wirtschaftswachstum zu fordern, ist schon lange kein intelligenter ökonomischer Ansatz mehr.

Ein wirklicher „Dritter Weg“ muss die Marktwirtschaft vom Kapitalismus *befreien*: Wer leistet, soll bekommen, nicht, wer ohne weitere Leistung zu erbringen, nur besitzt. Der einzig zielführende Weg ist die möglichst weitgehende Verhinderung von reinen Besitzeinkommen. Hierzu müssen die Rahmenbedingungen der Geld- und Bodenordnung konstitutionell dementsprechend geregelt werden.

Im Kapitalismus heutiger Ausprägung müssen mit der Zeit die Einkommen aus Arbeit sinken, während auf der anderen Seite die Einkommen aus Besitz überproportional anwachsen. Sobald der „Kuchen“ nicht mehr jährlich durch das Wirtschaftswachstum entsprechend vergrößert werden kann, wird der Mangel bei den Arbeitseinkommen immer stärker sichtbar werden müssen. Die Werte auf den Konten der Habenden wachsen diskret an, während der Kaufkraftrückgang beim Großteil der Bevölkerung immer bedrängender wird. Im heutigen System ist dieser Vorgang unausweichlich. Die Menschheit hat daher nur zwei Optionen:

- periodische gewaltsame Wiederumverteilungen oder
- ein Wirtschaftssystem ohne strukturelle, permanent nach oben umverteilende Wirkungen.

Die Leugnung einer Auswegmöglichkeit

Die Existenz von Konzepten und Vorschlägen für einen tatsächlichen „Dritten Weg“ wird im Allgemeinen geleugnet. Der genannte Chefredakteur der „WirtschaftsWoche“ steht hier keinesfalls allein auf weiter Flur.

- „Es ist bis heute aber leider niemandem eingefallen, wie diese Alternative aussehen könnte ... es gab und gibt kein drittes.“⁴ (H. Flassbeck)
- „Aber was ist der dritte Weg? Es gibt Kapitalismus und Sozialismus.“⁵ (P. Nolte)
- Der bekannte deutsche Philosoph Peter Sloterdijk sieht den Kapitalismus zwar eines Tages *sich selbst überwinden*, „seine eigene Steigerung in einen Postkapitalismus“ vollziehen, beschreibt aber, dass diese Verwandlung wohl eine Form von Systemvermischung zwischen Kapitalismus und Sozialismus hervorbringen müsse. Hierdurch wird ein wirklicher „Dritter Weg“ wieder als bisher „unbekannt“ suggeriert: „Also nichts Neues unter der Sonne?“⁶

Dabei hat Sloterdijk schon so einiges angedeutet, was die Existenz von etwas „Drittem“ nahelegen würde: Die „Wahrheit“ würde in soziologischen Systemtheorien „funktionalistisch behandelt“, was wohl auch mit *kaschiert* oder *verschwiegen* treffend umschrieben werden könnte. Der Marxismus habe dies ein Stück ermöglicht, während *nichtmarxistische Systemtheorien der Gesellschaft aber noch die letzte Empfindsamkeit fallen lassen würden*⁷

Damit erklärt er zwar, dass es etwas Anderes gäbe, erläutert dies nicht näher. Was außer der Lehre Gesells könnte mit einer „nichtmarxistischen Systemtheorie“ gemeint sein? Sloterdijk sagte selbst, er arbeite an einer „nichtmarxistischen Revolutionstheorie“⁸, doch was Anderes, als die ursächliche Verhinderung beständig-umverteilender leistungsloser Besitzeinkommen könnte als erstrebtes Revolutions-Ziel gemeint sein? Welche

⁴ H. Flassbeck (Chefökonom der UNCTAD), in Süddeutsche Zeitung, 25.6.2006, S. 2

⁵ Paul Nolte, Historiker in SPIEGEL, 36/2005, S. 102

⁶ vgl. Sloterdijk, „Kritik der zynischen Vernunft“, S. 454-458

⁷ siehe u. vgl. Sloterdijk, „Kritik der zynischen Vernunft“, S. 62/63

⁸ Sloterdijk, „Selbstversuch – Ein Gespräch mit Carlos Oliveira“, S. 54

Systemprobleme könnte es noch geben, die „nichtmarxistisch“ gelöst werden sollten? Warum gerade hier immer so unpräzise? Sloterdijk (wie auch nahezu alle seine Kollegen, auch anderer Fachrichtungen), unterscheidet bezeichnenderweise – bis auf vage Andeutungen wie oben – nicht zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft, obwohl er andere Wortabgrenzungen gerne über mehrere Seiten detailliert auffächert.

Dies ist in höchstem Maße diskussionswürdig: Solche Synonymisierungen sind bezeichnend für zu kaschierende Ideologien. Sie sind ein Wortnebel, der die Wahrheit verhüllt. Heute, in Zeiten der Finanzmarktkrise, werden diese Worte wieder in völlig unangebrachter Weise zusammengerührt. Da zeigt sich das Ende der unregulierten Derivate-Zockerei, der Loslösung der Ökonomie von realen Werten, da wird auch schon wieder gefragt, ob dies das Ende der Marktwirtschaft und auch gar der Demokratie darstellen könne, die ja mit der Marktwirtschaft (also dem Kapitalismus?), so unauflöslich verknüpft sei ...⁹

Den Begriffen Marktwirtschaft, Kapitalismus und Demokratie wird eine natürliche Synonymität und Zusammengehörigkeit angedichtet, die realiter nicht vorhanden ist. Diese Fehldeutung wird zumeist noch penetrant mit positiv besetzten Begriffen wie „Freiheit“, „Menschenrechte“ u.ä. vermengt; und ein jeder, der eines davon (v.a. natürlich speziell den Kapitalismus selbst) kritisiert oder zu hinterfragen trachtet, wird zu einer Gefahr für alles Gute dieser Welt hochstilisiert – stupid!

Betrachtet man die Dinge unter den genannten Aspekten genauer, so werden die Unterschiede sofort deutlich. Dann wird plausibel, dass der Kapitalismus kein Synonym der Marktwirtschaft ist, sondern endlich eher (v.a. nach dem offenkundigen Scheitern der kommunistischen Idee) als das passende *Antonym*, das Gegenteil einer gerechten globalen Marktwirtschaft, eines möglichen globalen Fair-Trade, erkannt werden muss. Immerforteleistunglose Besitz-Einkommen sind das Grundproblem und spezifische Kennzeichen des Kapitalismus.

Die ohne weitere Leistungen erzielbaren Einkommen aus Besitz sind der Zins für das Geld sowie die Miete für Immobilien oder die Pacht für den Grundbesitz. Hierbei handelt es sich um enorme und immer schneller anwachsende Dimensionen. Diese zu ignorieren, muss aufgrund der Größenordnungen als beabsichtigt angesehen werden. Die Umverteilung nach „oben“ durch die leistungslosen Einkommen aus Kapitalbesitz betragen derzeit immerhin (allein in Deutschland) ca. ½ Billion Euro jährlich.¹⁰ Dies ist fast das Doppelte des deutschen Bundeshaushaltes und entspricht in etwa dem gesamtdeutschen jährlichen Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden! *Dazu* kommen noch die Einnahmen aus Immobilien- und Grundbesitz. Die privaten Geldvermögen betragen 2005 ganze 4,26 Billionen Euro, zehn Jahre zuvor waren es noch 2,65 Billionen.¹¹

Hier handelt es sich um keine „Neiddebatte“, sondern um das Erkennen nicht dauerhaft tragbarer Umverteilungslasten.

Im wirtschaftlichen Studium bleibt diese kapitalistische Grund-Problematik ausgespart. So ist es immer noch so, dass man es bis zum Professor der Volkswirtschaftslehre bringen kann, ohne sich mit der Unmöglichkeit des Zinssystems, dem Kern unseres heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems, auseinandergesetzt zu haben.

So erklärte Prof. Senf/Berlin: *„In wieweit Wirtschafts- und Währungskrisen in ihren tieferen Ursachen mit dem Zinssystem zusammenhängen, habe ich merkwürdigerweise weder in meinem Studium noch in den wirtschaftswissenschaftlichen Fachdiskussionen erfahren ...“*¹²

Die folgenden Erkenntnisse lassen die systemimmanenten Probleme des Kapitalismus besser verstehen, regen dazu an, für neue Argumente offen zu bleiben. Das Ziel allen Bemühens muss eine Ökonomie sein, die ohne - auf Dauer ohnehin unmögliches - Wachstum auskommt.

Dies wird mancherorts schon so erkannt, wobei aber zumeist eine grundsätzlich bestehende Unentrinnbarkeit suggeriert wird: *„Wachstum kann kein Selbstzweck sein, sondern muss der Erreichung jenes Wohlstandsniveaus dienen, dass für ein würdiges Leben notwendig ist: So ist zur Überwindung absoluter Armut Wirtschaftswachstum oft*

⁹ vgl. z.B. SPIEGEL, 41/2008, S. 49

¹⁰ Süddeutsche Zeitung, 3-5.6.2006, S. 2

¹¹ Süddeutsche Zeitung, 21.7.2006, S. 19 (Wenn man sich diese Zahlen real-inflationsbereinigt denkt, so scheint plausibel, dass der Kuchen eigentlich schon lange nicht mehr effektiv größer wird. Es wächst wohl eher der Anteil der Besitzenden an den erzielbaren Geldwerten. Um den wirklich effektiv anwachsenden Reichtum der oberen 10 Prozent abzuschätzen, müssten wohl eher auch alle Sachwertzuwächse mit betrachtet werden.)

¹² B. Senf, „Der Nebel um das Geld“, S. 252

unabdingbar, und politisch meist leichter durchzusetzen als Umverteilungen. Ist jedoch jenes Niveau erreicht, ist eine weitgehende Gleichgewichtsökonomie vorzuziehen, und zwar weil sie, ganz unabhängig von den ökologischen Nebenfolgen, jene innere Unrast vermeidet, die für Wirtschaften in der Wachstumsphase kennzeichnend ist und die Suche nach höheren, nicht materiellen Werten erschwert.“¹³

Nur scheint paradoxerweise oftmals die Frage nicht stellbar zu sein, wie eine wirkliche „Gleichgewichtsökonomie“ überhaupt erst möglich werden könnte? Ohne die Kenntnisse bezüglich der Ursächlichkeit des Zinses kann ein Ausstieg aus der Wachstumsökonomie nicht gelingen. Solche Argumentationen können sich leider nur unsinnig im „Kreis drehen“. Als „Ausweg“ wird dann bestenfalls ein, schon längst als stets umgangen bekanntes, „Zinsverbot“ in die Diskussion eingebracht: „In einer weitgehenden Gleichgewichtsökonomie wird der Zinssatz stark fallen; man wird vielleicht wieder Verständnis entwickeln für jene Kulturen, die ein Zinsverbot kannten. Heute lässt sich auf dieses Lenkungsmittel noch nicht verzichten, da Zukunftsinvestitionen, u.a. im Umweltbereich, überlebenswichtig sind und ohne Zinsen kaum ein ausreichendes Motiv zum Sparen bestünde.“¹⁴

Die Verwechslung von Ursache und Wirkung, Motiv und Anreiz, sowie die Ausblendung oder Unkenntnis bzgl. alternativer Vorschläge zu einer verbotsfreien Überwindung des Zinssystems durch konstruktive Änderungen an unserem Geldwesen, lassen die Möglichkeit eines tatsächlichen Entrinnens aus dem wirtschaftlichen Wachstumszwang – auch z.B. für den Philosophen Vittorio Hösle – wie eine Utopie erscheinen.

Wenn aber angenommen wird, dass der Zins vonnöten sei, um gute Dinge zu tun, so muss dem entgegengehalten werden, dass hierbei gerade das eigentliche Problem fälschlicherweise zur Notwendigkeit umgedeutet wird:

Erst ohne Zinsen können wenig renditeträchtige, langfristige Projekte angegangen werden, da verzinste Kapital dafür ganz einfach zu teuer ist. Würde das Geld auch ohne Zins – „freiwillig“¹⁵ – zuverlässig zirkulieren, würden langfristige Vorhaben oder nicht renditefähige Sozialprojekte nicht mehr schon am kurzfristigen Renditekriterium scheitern müssen. Sollten Ihnen die folgenden Vorschläge irgendwie „extrem“ vorkommen, so sollten Sie bedenken, dass Wirtschaftskrisen, periodisch eskalierende oder permanent unterschätzte Geldentwertungen, Kriege und Aufstände ... u.v.m. ... langfristig rückwirkend betrachtet der sogenannte „Normalfall“ waren. Diese Dinge scheinen mir aber „extrem“ genug zu sein, um sie entschieden zu hinterfragen! Soll eine Idee daran etwas ändern können, so muss diese naturgemäß zunächst ungewohnt, eben „gefühl-extrem“ erscheinen.

Die „Festplatte“ der historischen Erfahrungen und geglaubten Gewissheiten ist leider nicht einfach zu löschen und mit einem anderen „Betriebssystem“ zu bestücken.



Wie in der Vorbemerkung erwähnt, nimmt der Autor zu verschiedenen höchst aktuellen Fragen Stellung. --- Es fällt der Redaktion schwer zu entscheiden, welche Frage in der Herbstnummer zuerst behandelt werden soll.

--- Daher bitten wir Sie, das zu entscheiden. Teilen Sie uns Ihren Wunsch mit. Die meistgewünschten Themen werden der Reihe nach veröffentlicht:

1. Der Preis Deutschlands für die Wiedervereinigung - warum die anderen Europäer die DM abschaffen wollten.
2. Hat der EURO eine Zukunft ?
3. Ist der Dollar als Weltleitwährung zu halten?
4. Die iranische Ölbörse (IOB) - der wahre Grund für einen Krieg gegen Iran? Wie war das doch mit dem Irak und den nie gefundenen MassenvernichtungsmittelnSadam Husseins?
5. Die kapitalistische Alternative; Weltkrieg oder Weltkrise ?
6. Silvio Gesell: Freigeld und Freiland

Das Buch kostet € 29,90 zzgl. Versand und ist über die Redaktion beziehbar:
DRITTER WEG, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11 --- Mail: alternative-dritter-weg@t-online.de

¹³ Hösle, „Moral und Politik“, S. 874

¹⁴ Hösle, „Moral und Politik“, S. 875

¹⁵ ... oder gerne auch mit einem „Angebot, das man nicht ablehnen kann“.

„Auf der Suche nach dem Weg aus der Krise“

Bericht über die Podiumsdiskussion am 05.12.2009 in Hannover – von Helmut Meer

Teilnehmer der Podiumsdiskussion: Prof. Herbert Schui (MdB Die Linke), Prof. Dirk Löhr (FH Trier) und Andreas Bangemann (Chefredakteur HUMANE WIRTSCHAFT). Wilfried Kurtzke (Vorstand IG Metall) war wegen Erkrankung an der Teilnahme gehindert. -

Im Hintergrund wurde die von Helmut Meer und Ulrich Engelke entwickelte Vermögensuhr vorgeführt und von Herrn Engelke kurz erläutert.

Herr Bangemann stellte eingangs die rhetorische Frage, ob eine nicht zinsbasierte Wirtschaft denkbar sei und erläuterte das systembedingte ständige Anwachsen der Schulden auf der einen und das dauernde Wachstum der Geldvermögen auf der anderen Seite. Die Guthabenzinsen würden sich bei einer kleiner werdenden Bevölkerungsgruppe ansammeln und diese in zunehmendem Tempo immer reicher machen, während die Schulden über Bund, Länder, Gemeinden, die Unternehmen und viele Privathaushalte verteilt sind und die Schuldzinsen über die Preise und Steuern von der gesamten Gesellschaft getragen und erwirtschaftet werden müssen. Die kleine Gruppe der Vermögenden würde somit ständig reicher, während der Großteil der Bevölkerung mit immer weniger Geld auskommen müsse.

Prof. Löhr verwies auf die in immer größerem Umfang gehorteten Geldmengen bei der wohlhabenden Minderheit und erklärte am Beispiel Absurdistan den paradoxen Umgang im Rahmen unserer Geldordnung mit der fatalen Geldhortung. In Absurdistan würden bei einem Verkehrsstau nicht die Stauverursacher zur Kasse gebeten, sondern die in der Schlange wartenden Fahrer würden um eine Abgabe (Zinsen) gebeten, die dann dem Stauverursacher übergeben werden. Dieser wird auf Grund der „Rendite/Zins“ motiviert, sein Geld dem Wirtschaftskreislauf zur Verfügung zu stellen und den Geld-Stau somit aufzulösen.

Prof. Schui beklagte die Gier der reichen Minderheit nach überhöhter Rendite und forderte eine Korrektur der falschen und einseitigen Vermögensverteilung. Dies sei Folge der übermäßigen Deregulierung der Märkte, der Schwächung des Staates und der zu weit gehenden Privatisierung. Die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten führen zu einer schwindenden Nachfrage, das Volkseinkommen müsse besser verteilt werden. LINKE Ökonomen wie er würden deshalb die Vermögensteuer fordern, eine Börsenumsatzsteuer, mehr Steuergerechtigkeit, höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, mehr staatliche Lenkung, mehr Kontrolle der Finanzmärkte und mehr Sozialstaatlichkeit. Sie fordern eine Politik, die den schnellen Einsatz sehr viel umfangreicherer Mittel zum Kampf gegen die Krise mit der Weichenstellung für einen alternativen Entwicklungstyp verbindet. Ihre drei Säulen seien eine andere Finanzmarktpolitik, eine andere Konjunktur- und Umbaupolitik und eine progressive Sozialstaatsreform.

Dieses Programm würde in den nächsten Jahren rund 150 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Seine Finanzierung sollte zunächst aus öffentlicher Neuverschuldung gewährleistet werden, später zunehmend aus Steuern erfolgen, vornehmlich durch höhere Steuern auf Gewinne und Vermögen. Der

Aufbau einer progressiven demokratischen Sozialstaatlichkeit erfordere langfristig eine höhere Staatsquote.

Prof. Löhr legte dar, dass die fatale Vermögenskonzentration ganz wesentlich eine Folge des Zins- und Zinseszins-effektes sei. Die zu korrigierende Vermögenskonzentration könne von vornherein vermieden werden, wenn dem Geld eine Umlaufsicherung eingebaut würde. Mit einer Geldhaltegebühr würde sich das Horten des Geldes nicht lohnen, das Geld würde quasi automatisch sofort in den realen Wirtschaftskreislauf zurückfließen. Die schwer durchzusetzende stärkere Besteuerung des Reichtums würde mit einer Geldumlaufsicherung überflüssig. Das Geld sollte nicht der knappste Faktor sein, sondern das Angebot an Arbeitskräften, die Arbeit sollte am besten bezahlt werden, nicht die Bereitstellung des Geldes.

Herr Bangemann verwies auf die wachsende Zahl von Regiogeld-Initiativen. Diese würden mit einer Umlaufsicherung arbeiten und das Bewußtsein für die Notwendigkeit eines alternativen Geldes bei knapper werdendem Euro wachsen.

Prof. Schui warnte vor möglichen Phantastereien mit kleinräumigen Sekundärgeldsystemen. Er forderte die Verstaatlichung der privaten Banken und der großen multinationalen Konzerne. Die gegebenen Machtverhältnisse könne man nicht durch Diskussionen verändern, sondern dadurch, dass sich die davon negativ Betroffenen zusammenschließen und Macht entfalten.

Prof. Löhr machte auf etliche Gemeinsamkeiten zwischen den Geldreformern und der LINKEN aufmerksam, so auf die Ablehnung der wachsenden Armut, die notwendige Regulierung der Finanzmärkte, die Verurteilung der Gier der Fondsgesellschaften, der Wunsch nach stärkeren Gewerkschaften, die Gefahreinschätzung für Demokratie, die Klimarisiken bei wahllosem Wirtschaftswachstum usw.

Aus den Reihen der Zuschauer wurden Fragen gestellt, ob die Verschuldung der Wirtschaft und der Privathaushalte neben der Staatsverschuldung zu sehr unbeachtet bleibt und ob es sich bei dem Wachstum der Vermögen vs. Schulden um ein Schneeballsystem mit wechselseitiger Verstärkung und dem Zwang zur Neuverschuldung handele.

Dieser Sachverhalt wurde von den Diskutanten einmütig bestätigt, aus dem Wachstum der Schulden und der Geldvermögen ergebe sich der Zwang zum Wirtschaftswachstum. Beklagt wurde das einseitige Interesse der Medien und der Öffentlichkeit an der öffentlichen Verschuldung. Das Wachstum der Geldmengen und die höchst ungleiche Vermögensverteilung müsse sehr viel stärker in die öffentliche Diskussion eingebracht werden.

Die Grundrente - der Bodenzins als ein den Müttern bzw. Erziehenden naturrechtlich zustehendes Erziehungsgehalt.

Zur Diskussion um das von der neuen Regierung geplante „Betreuungsgeld“ in der LEINE-DEISTER-Zeitung

Jürgen Peetz liegt richtig: „Die Familie bietet – den Kindern - nach wie vor die besten individuellen Entwicklungsmöglichkeiten.“ Je nach Alter treten andere – öffentliche Erziehung hinzu – was nicht unbedingt staatliche Erziehung sein muss. Der Begriff „Familie“ enthält auch die freie, nicht staatliche Partnerschaft, die immer mehr junge Menschen als den ihnen gemäßen Lebensstil praktizieren. Das sollte heute gesagt werden, weil nicht allen bewusst sein dürfte, dass dieser Begriff in einer pluralistischen Gesellschaft, die wir heute leben, keine ideologische Enge mehr kennen sollte. Immerhin garantiert das Grundgesetz die individuelle Freiheit in allen persönlichen Angelegenheiten, sofern diese Entscheidungen anderen keinen Schaden zufügen. Auch Partnerschaften ohne staatlichen oder kirchlichen Segen können Kindern „beste Entwicklungsmöglichkeiten“ bieten.

Jürgen Peetz ist auch zuzustimmen, wenn er sich für Rahmenbedingungen einsetzt, die es Eltern ermöglichen mit „Stressminimierung“ zu erziehen. Dazu gehört eine Erziehung ohne existentielle Sorgen der Erziehenden, besonders in nicht vollständigen Partnerschaften oder gescheiterten Ehen. Das zeigt die Wackligkeit des Begriffs der Ehe und viele Lebenswirklichkeiten deckt er nicht mehr. Gerade um diese Lebensrisiken abzudecken, die in der Wirtschaftskrise individuell oft nicht zu meistern sind, schlägt die Bürgerinitiative A3W – ALTERNATIVE DRITTER WEG – im Rahmen der Bewegung für eine Liberalsoziale Ordnung (LSO) vor, die Grundrente als allgemeines Erziehungsgehalt allen Müttern bzw. Erziehenden auszuzahlen. Die Grundrente - nicht mit Altersrente zu verwechseln - und besser auch als „Bodenzins“ zu bezeichnen, ist der Teil des Ertrages, der unabhängig vom Arbeits- und Kapitalaufwand der Bodennutzer bzw. -eigentümer, der Boden an sich, abwirft. Einmal aufgrund seiner Lage und Güte, vor allem aber aufgrund der ZWANGSNACHFRAGE nach Boden, die jeder Mensch vom Tage seiner Geburt an bis zu seinem Tode nach Boden halten muss: für Nahrung, Wohnung und Arbeitsplatz und alle Rohstoffe, die zur Produktion all der Dinge gebraucht werden, die er nutzt. Natürlich sind heute viele unnütze Dinge darunter, die in der Wirtschaft nicht produziert werden, um wichtige Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Dazu gehören z.B. sämtliches Kriegsmaterial, um die Bedürfnisse des Kapitals nach höchster Verzinsung zu stillen. Da muss man auch ständig mit Kriegen um kriegswichtige Rohstoffe rechnen, z.B. in Nahost und Mittelasien. Dies auch um die Wege zu den Rohstoffen, z.B. über Pakistan und Afghanistan, den Weg zum Öl und Gas von Mittelasien, der damit der Weltmacht Nr. 1 - schon in weniger als 20 Jahren wird das China sein - versperrt wird!

In der Bibel heißt es, Gott habe die Erde allen Menschenkindern als Gotteslehen gegeben, zur Nutzung

vom ersten bis zum letzten Lebensstage. Der Boden müsste also frei bleiben oder immer wieder frei werden zur Nutzung der „Neulinge“ auf der Erde. - Welche Realität aber findet der Neuling vor: Sofern die Eltern keinen Boden haben, muss sich der Neue über seine Eltern erst einmal in sein naturrechtliches Recht auf den Boden als Lebensgrundlage einkaufen. Das macht er mit jeder Ausgabe für Lebensmittel, mit der monatlichen Miete, mit den Bodenkosten der Produktion, die im Preis jedes Produkts stecken. Und dieser Tribut, den jede/r täglich zahlen muss, damit sie/er überhaupt leben kann und darf, fließt eben nicht in die Sozialkasse Gottes, aus der den Armen und Waisen geholfen wird. - Er fließt in die Kassen der Bodeneigentümer als Monopoleinkommen dafür, dass sie den Boden besitzen, den alle brauchen.

Der Geldanalytiker Helmut Creutz berechnete 1983 die Grundrente. Bei ihrer Verteilung auf alle Kinder vom ersten Lebenstag bis zum 18. Lebensjahr hätte jede/r Erziehende für jedes Kind 800 DM im Monat erhalten (18 Jahre lang!). Heute dürften das ca. 500 € = 1000 DM sein. Kinderschutzbund und Liga Kind-Familie-Gesellschaft und alle am Problem Interessierten sollten überlegen, welche Möglichkeiten im Bodenzins als Erziehungsgehalt liegen: hinsichtlich damit zu kaufender stressfreier Erziehung der Kinder, der Befreiung der Mütter von patriarchalischer Bevormundung durch einen Ernährer, der Lösung von vielen Problemen um Schwangerschaft und Partnerschaft und einer freien Erziehung der Kinder.

Das Erziehungsgehalt kann gestaffelt zur Auszahlung kommen. So für Alleinerziehende konzentriert auf die ersten 10 Lebensjahre, wenn die Kinder besondere Zuwendung brauchen.

Es geht um das Grundrecht des Ertrages der Erziehungsleistung für diejenigen, die diese Leistung jeden Tag erziehend erbringen. Sie haben seit Generationen Menschheitsgeschichte die Leistung der Bevölkerungserhaltung und -vermehrung, die wichtigste Arbeit überhaupt, unentgeltlich erbracht. -

Infolge des Privateigentums am Boden, fließt der Wert dieser Leistung aber den Inhabern des Bodenmonopols zu, die dafür keine Leistung erbringen. - Das wurde im Verlaufe der Finanzkrise deutlich, die sich an der Spekulation mit dem Boden in USA entzündete.

Hier sind dringend Änderungen nötig und das Erziehungsgehalt, finanziert aus der Grundrente, wäre der dritte Weg, sich abwendend vom Privatkapitalismus und nicht hin zum Staatskapitalismus der Sowjetkolchosen, sondern hin zur gewaltfreien Auflösung des Privatboden-Raubrechts hin zu einer liberalsozial gerechten Ordnung.

DENN: Durch Raub entstand Privateigentum am Boden im alten Rom. „privare“ heißt auf deutsch „rauben“!

Georg Otto, Eberholzen. Der Verfasser steht für Diskussionen interessierten Gruppen und Parteien zur Verfügung. Mail alternative-dritter-weg@t-online.de. - **Wenn es außer seitens der erwähnten Liga keine Reaktionen gab, ist es dennoch wichtig in Leserbriefen zu aktuellen Fragen liberalsoziale Positionen zu verbreiten.**

Anmerkungen zu „Mit Gesell über Gesell hinaus.“

Georg Otto

(1) Ein Grund warum die Freiheits- und Gerechtigkeits-Vision von Karl Marx in der Sowjet-Union nicht erreicht wurde, liegt in der Übernahme des kapitalistischen Geldes in die Planwirtschaft. Lenin und andere Interpreten von Marx gingen über die „unmarxistische“ Geldtheorie von Marx in Band I wie Band III „DAS KAPITAL“ hinweg. Dort erklärte Marx den Kapitalismus monetär. Friedrich Engels ging zwar bei der Herausgabe der von ihm geordneten, handschriftlich schwer lesbaren Texte von Karl Marx darauf nicht ein. Aber im ANTIDÜHRING erklärt er, dass sich an der Herrschaft des Geldkapitals in einer kommunistischen Ordnung bei gleichem Geld-Lohn aller nichts ändere, weil einige Überschuss haben, andere kommen mit dem Lohn nicht aus. Es treten sofort Schuldverhältnisse auf. „Die Wucherer verwandeln sich ... in Beherrscher der Produktionsmittel, mögen diese noch jahrelang dem Namen nach als Eigentum der Wirtschafts- und Handelskommune figurieren“ (S. 284). Trotzdem führte Lenin nach dem Scheitern des geldlosen Tauschsystems mit der NÖP – NEUE ÖKONOMISCHE POLITIK das HORT-ZINSGELD wieder ein und landete im STAATSKAPITALISMUS. Theoretische Grundlagen und einige Fakten in meinen Texten „Warum der Marxismus scheitern musste“ und „Der Dritte Weg der PDS“^{*1)}. Eine meiner Quellen über Fakten in der SU ist das Flugblatt von Karl Walker „Das Kapitaleinkommen in der Sowjet-Union“ (1949). Walker schlug mit seinen „Überlegungen zur Werttheorie“^{*2)} eine erste Bresche in das NWO/FSU-Dogma der Unvereinbarkeit von Gesell und Marx. M. W. wurde der Walker-Text verschwiegen, wie mein Text in der Besprechung von Josef Hüwe in der FSU-Zeitung DER DRITTE WEG.

(2) Heute wird von Teilen der INWO die Rückvergütung des Bodenzinses pro Kopf (wie auch späterer höherer ÖKOSTEUERN) propagiert; von A3W wird im Sinne der Mütterrente Gesells ein Erziehungsgeld vorgeschlagen.

(3) Der wirtschaftliche Niedergang der Weimarer Republik und das Hochkommen der NSDAP aus der Sicht der gesellschaftlichen Lehre wird von Prof. Bernd Senf im „Nebel ums das Geld“^{*3)} eingehend behandelt.

(4) Zurecht werfen viele Sozialisten den Gesellanhängern vor (umgekehrt auch): Ihr kümmert Euch nur um das GELD, nicht um die Produktion und das Eigentum an Produktionsmitteln. Werner Zimmermann's (W.Z.) „Sozialismus in Freiheit“ von 1919, aus der Zeit als Gesell in der Räteregierung die Brücke zwischen Produktions- und Zirkulationssozialisten baute, verstärkte W.Z. diese Brücke und wirkte an der „Einheitsfront aller Arbeitenden gegen den Kapitalismus“ mit (sinngemäß S. 60). Radikalen Produktionssozialisten rief er zu: „Auch ihr, Kommunisten, werdet frei sein! Weder Staat noch Menschen werden Euch hindern, euer Seelenheil in der Selbstlosigkeit zu suchen, unter euch Gütergemeinschaft ... zu verwirklichen. Zieht ihr die anderen durch euer Beispiel nach, dann wird es in der Entwicklungslinie liegen.“ In diesem Sinne öffnet die Geldreform den Weg für Betriebe in Arbeiterhand. In diesem Sinne können wir heute an der Brücke weiter bauen, z.B. in der letzten Diskussion der LAG Wirtschaft der LINKEN in Hannover. Zimmermanns Schrift hat A3W neu aufgelegt^{*4)}. W.Z.s Schrift, 1946/47 in einer Buchhandlung der sowj. Besatzungszone entdeckt, wurde für mich der Schlüssel zum LIBERALSOZIALISMUS.

(5) Zum von A3W geforderten LASTENAUSGLEICH, den ja Gesell in München mit seiner großen Vermögensreform zur gerechten Finanzierung der Kriegslasten betrieb: Dieser Eingriff in die Vermögen wird durch Freigeld, das uns von der Herrschaft des FINANZKAPITALS befreit, als Akt nachträglicher Gerechtigkeit möglich. Ich habe darüber nur einmal in einer NWO-Zeitschrift gelesen: Prof. G. Moewes beschrieb in „Was die da oben nicht begreifen“^{*5)} eine die Vermögen reduzierende Vermögenssteuer, die 7% betragen müsste (um den Anstieg zu stoppen), 8% (um in 61 Jahren die Vermögen zu halbieren). Zur Begründung führt er an: Es ist „bei einer Nullsetzung aller Kapitalrenditen (die die Gesell-Reformen bewirken würden, G. O.) keineswegs sicher, ob und wie schnell die bis heute aufgebaute Ungleichverteilung abgebaut würde“ (man vgl. dazu unsere Argumente auf Seiten 1/2). Das ist genau die Politik, die Gesell in München realisieren wollte. Was wir 2005 LASTENAUSGLEICH nannten, nennt Prof. Moewes an anderer Stelle SOZIALE GRUNDSANIERUNG, was evtl. sinnvoller ist, weil man sich dann nicht mit dem Adenauerschen Lastenausgleich auseinandersetzen muss. M. W. löste auch Moewes damit keine Bewegung in der NWO-Bewegung aus.

*** Eine Anmerkung hat hier noch Platz zu einer Frage, die durch die Umbenennung von „ALTERNATIVEN“ in „DRITTER WEG“ in der NWO-Mailingliste ausgelöst wurde, aber auch außerhalb der Liste von Interesse sein dürfte. Anselm Rapp fragte nach Gründen und ob mir zwei Webseiten mit diesem Begriff bekannt seien. In Nr. 68 schrieben wir: „Ist es - 20 Jahre nachdem die Rundbriefe unserer Bürgerinitiative im Jahre der Einheit - in die Zeitung ALTERNATIVE umgewandelt wurden, in der wir in Nr 1 einen Aufsatz von H. Creutz zum DRITTEN WEG brachten - nicht an der Zeit direkt mit dem Begriff DRITTER WEG für Zeitschrift und BI die Arbeit für eine liberalsoziale Geld-, Boden-, Steuer- und Vermögensreform koordiniert zu führen?“ Eine ausführlichere Antwort erfolgt in der Mailingliste. Der bisherige Titel „Alternativen“ bleibt als Untertitel erhalten. Die inoffizielle Hildesheimer NWO-FSU-Gruppe arbeitete seit der Lösung von der FSU (1969) als DRITTER WEG, m.W. ehe sich die FSU-Zeitung „DDW-DER DRITTE WEG“ benannte. Die Umbenennung der FSU in HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI –HWP (2001) bekämpften wir als BI A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG als politisch falsch, weil sie keine Kenntnis von der weiten Zustimmung zum Begriff „DRITTER WEG“ nahm: 2000 antworteten 63% einer Stichprobe von 1500 BürgerInnen der neuen Länder, sie könnten sich einen DRITTEN WEG nach 40 Jahren Sozialismus und 10 Jahren Kapitalismus vorstellen. Wieder 63 % antworteten dort 2005 in einer SPIEGEL-Umfrage, ob wir nicht doch einen DRITTEN WEG brauchen mit „JA“ und in den alten Ländern waren es 67 %. Zum Begriff „Humane Wirtschaft: In zwei Wahlen 2007 in Berlin und 2009 in der Wahl in Sachsen bestätigten die Wähler mit 0,14 % und 0,12% dass der Name an sich keine Zugkraft ausübte. Besonders deutlich wurde das in Sachsen, wo die HWP entgegen dem Bündnisvertrag von HWP und A3W statt eines gemeinsamen Flyers einen reinen HWP-Text ohne Stichwort DRITTER WEG mit 60.000 Expl. in Teilen von Leipzig, Chemnitz und Dresden verteilen ließ. Egal ob verteilt wurde oder nicht, alle Wahlkreise erreichten 0,1%. Nur Großenhain erzielte mit 4.000 DRITTE-WEG-Texten 0,9%, das achtfache des Landesschnitts. Dieser Beweis war A3W die 7.000 € Wahlhilfe wert! Ob die HWP einen dritten Beweis braucht, ehe sie sich von diesem für eine Partei Wischi-Waschi-Namen trennt? Einer Zeitung mag dieser Name gut tun. Eine Partei braucht Trennschärfe. Näheres zur Sachsenwahl in Nr. 68 DRITTER WEG.^{*6)}

*1) je 50 Seiten, zus.7,- €, einzeln 4,- €. 2) 1970 verlegt von Peter Weiz als Nr.1 der „Beiträge zum Liberalen Sozialismus“ (beigelegt 1,50 €, extra 2,50 €), *3) Der Nebel um das Geld, € 23,- Einen 8-seitigen Sonderdruck dazu aus Nr. 63 der ALTERNATIVEN gibt es zu € 2,-, ohne Versand. € 1,-. Die Neuauflage von Senf „Blinde Flecken der Ökonomie“ € 21,- incl.Vers. *4) Mit Versand € 5,-, an Infotischen € 4,-. *5) „HUMANE WIRTSCHAFT“ 02/2009. *6) mit Versand € 4,-.

I N S E R A T: Die Dominanz des Englischen ist kein Zufall, sondern eine gezielte Beeinflussung zum Vorteil der englisch sprechenden Länder, denn mit Englisch als Muttersprache ist dieser Teil der Welt allen anderen Nationen überlegen. Die Kosten der internationalen Verständigung lasten einseitig auf den Schultern der nicht Englisch sprechenden Länder und ist für sie eine wirtschaftliche Benachteiligung. Mit der internationalen Sprache **Ido**, die zehnmal leichter zu erlernen ist als Englisch, bestände Chancengleichheit mit anderen Sprachen. Unterstützen und lernen Sie Ido! **Weitere Informationen gegen 0,55 ct in Briefmarken. Kurzkurs 2,50 €.** Deutsche Ido-Gesellschaft e.V. - 37284 Waldkappel-Burghofen, Thüringer Str. 3
Tel: 05656/634 Fax: 05656/1812 alfred.neussner@ido.li www.idolinguo.de

Der Kassierer von A3W ist **Michael Krenz, 02943 Weißwasser, Straße der Einheit 21.** Das neue Konto für Zeitung und A3W - Beitrag lautet: **A3W-Alternative Dritter Weg Konto Nr. 31000 12371 Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien, abgekürzt SpK-ON - BLZ: 850 501 00.** Wir bitten um vollständige Absenderangaben.

Aufbau eines Mail-Werbenetzes: Senden Sie uns bitte Ihre Mail-Adresse mit deutlichen Angaben! Dann erhalten Sie unsere aktuellen Nachrichten zwischen den ALTERNATIVEN für sich zur Information und zum Weiterleiten als Mail und zum Ausdrucken zur Werbung im Freundes- und Bekanntenkreis.

Organisatorische und finanzielle Mitteilungen: Eine Reihe Mitglieder und Leser holten ihre Rückstände auf – die anderen bitten wir das jetzt zu tun. Wir wissen, dass dies vielen immer schwerer fällt. Das ist aber kein Grund zu kündigen. Kurze Mitteilung genügt, wenn Sie nicht mehr voll oder regelmäßig zahlen können aber weiter Kontakt halten wollen. Wer aus Alters- und Gesundheitsgründen nur eine Sendung im Jahr wünscht, teile es bitte mit. Andererseits hängen unsere Aktivitäten auch von den Zahlungseingängen ab. Es ist also immer ein Spagat zwischen dem Minimum was eigentlich getan werden müsste und dem was wir bewältigen und finanzieren können. Wenn sich A3W jetzt für die Bildung einer neuen Regierung aus SPD, GRÜNEN und LINKEN ab 2013 einsetzt und diese auch für die Geld- und Bodenreform Gesells zu gewinnen versucht, kostet das zusätzliche Mittel für die erforderliche Information und Werbung in diesen Kreisen. Auch der kleinste Beitrag hilft uns weiter. Daher bitten wir um zahlreiche Eingänge für dieses Jahr. Auch unsere Buchangebote helfen ein Stück unsere politische Arbeit zu finanzieren. - Wir wissen auch, dass viele meinen, auf ihre kleinen Aktivitäten käme es nicht an. Ein Flugblatt in persönlichen Briefen oder an den Nachbarn oder Kollegen weiter gegeben, trägt zur politischen Bildung bei. Mitunter geht dabei auch mal ein größerer Fisch ins Netz. Z.B. erfuhr der leider verunglückte Prof. Felix Binn erstmalig von den Lehren Silvio Gesells durch Biefkastenwerbung eines unermüdlichen FSU-Freundes. Wir stellen in der nächsten Nummer eine Liste mit verschiedenen Texten zusammen und sind für Zusendung von Werbetipps zum Weitergeben dankbar. Das kann jede/r einzeln oder in kleinen Gruppen tun, so hat am 1. Mai eine Dreiergruppe unsere Termine in Hannover verteilt.

Termine im Sommer: Hildesheim: 6. 5. - 20. 5. – 3. 6. - 17. 6. (donnerstags 18 Uhr) im Mehrgenerationen-Haus, Steingrube 19A; - Hannover: 28. 5. – 11. 6. – 18. 6. (freitags 18 Uhr); Große Barlinge 63, Südstadt. - Diskussionen mit Henning Frost, Bernhard Krätzig, Christa Bauermeister und Georg Otto.

Schwäbisch Hall, 7. Mai 19.00 Altes Schlachthaus, Hohenloher Franken Haalstr. 9.

Wie kommen wir aus der Wirtschaftskrise heraus? – Vortrag und Film mit Helmut Rau

Nürnberg, 29. Mai 10.00 im Karl-Böger-Zentrum, Karl-Böger-Str.; 300 m vom Hauptbahnhof mit Simon Bichlmaier und Prof. W. Berger. Infos: service@humane-wirtschaft.de

Köln, 12.6. INWO-Vertiefungsseminar. mit Prof. Löhr. Kontakt: www.klaus-willemsen.de

Karlsruhe: Geld-Diskussionen; Tanja Ratgeber 0721/9431437; mail: Werner.Stiffel@t-online.de

„UND WER REGIERT DAS GELD?“ 11. -13. 6. ; Motto der Tagung von MEHR DEMOKRATIE in 34233 Fuldata – Reinhardsschule – Kontakt: mitgliederservice@mehrdemokratie.de

Impressum: ALTERNATIVEN– Zeitschrift für Liberalsoziale Ordnung – LSO – vertritt die Freiheitsziele des Liberalismus und Anarchismus und die Gerechtigkeitsziele der Weltreligionen, des Humanismus und liberalen Sozialismus. Hrsg.: Bürgerinitiative A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG Abo im A3W-Beitrag incl., Regelbetrag 25 €. Frei-Abo und Frei-Mitgliedschaften möglich, auch geringere Beträge. Zusätzliche Spenden fördern unsere Arbeit. (2-mal mind. 28 Seiten i. J). Redaktion: G. Otto, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, T.: 05065/8132 - alternative-dritter-weg@t-online.de Homepage: www.alternativen.biz. - Druck J. Lühmann, 31167 Bockenem, Marktstr. 3.

Ich unterstütze die BI A3W als Mitglied (...), als Förderer (...) als Abonnent von ALTERNATIVEN (.....) ab 2010 mit zunächst jährlich € (Der Regelbeitrag ist € 30,- incl. ALTERNATIVEN für Förderer und Mitglieder). Frei-Abos, Freimitgliedschaft und Beträge unter dem Regelsatz sind möglich. Höhere Beträge stärken unsere Arbeit, besonders für die politische Wende 2013. Ihre Meldung auch formlos an: A3W – 31070 Eberholzen, Gänseberg 11; oder mit mail: alternative-dritter-weg@t-online.de

Name, Vorname:

PLZ/Adresse:

Tel./Mail:

Unterschrift:

Helfen Sie uns auch durch Ihre Mitgliedschaft die Bürgerinitiative DRITTER WEG zu stärken!